

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer (Erfasskasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Gerausgegeben vom
 Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands
 Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 75 M, für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Wir wollen weiter vorwärtsschreiten!

Unser Zentralverband besteht im nächsten Monat 45 Jahre. Er zählt zu den ältesten Gewerkschaften in Deutschland. Allen Drangsalierungen und Verfolgungen, vornehmlich in den ersten beiden Jahrzehnten seines Bestehens, hat er erfolgreich getrotzt. Die wiederholten Wirtschaftskrisen während der letzten 45 Jahre haben ihn zwar zeitweilig zurückgeworfen, aber sein Fundament hat sich in jedem Falle als gut und sicher erwiesen. So konnten Rückschläge verhältnismäßig schnell überwunden und durch neuen Vormarsch ausgeglichen werden. Mit der zahlenmäßigen Erstarkung vollzog sich zugleich auch der innere Auf- und Ausbau unseres Zentralverbandes. Heute ist er vermessen genug, sich in bezug auf seine Leistungsfähigkeit den größten Gewerkschaften ebenbürtig an die Seite zu stellen.

Das ist in knappen Strichen der Entwicklungsgang unseres Zentralverbandes, der alle seine Mitglieder mit Stolz und Genugtuung erfüllt. Besonders diejenigen, die an dieser Entwicklung tätigen Anteil genommen haben. Unendlich viel Arbeit und Mühe hat es gekostet, unsern Zentralverband auf seinen heutigen Stand zu bringen. Das wäre nie gelungen, wenn sich nicht immer wieder Kameraden gefunden hätten, die mit Mut und Kraft und Ausdauer die Propagandaarbeit von neuem aufnahmen und durchführten. Und was diese Arbeit zum Erfolg verhalf, war nicht zuletzt der Umstand, daß sie immer und zu jeder Zeit getragen war von gutem, kameradschaftlichem Geiste, der in der beruflichen Zusammengehörigkeit und Verbundenheit aller seine stärkste Stütze fand. Eines bleibt unbestritten: was unsern Zentralverband groß und stark gemacht hat, das ist die Unsumme von aufreibender und opferreicher Kleinarbeit, die tausende seiner Mitglieder geleistet haben in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer starken, gewerkschaftlichen Organisation. Eine Gewerkschaft, die sich solcher Mitarbeit sicher weiß, die stets auf die bereitwillige Hilfe tausender von ehrenamtlich tätigen Funktionären sich stützen kann, darf der Zukunft vertrauen in dem sicheren Bewußtsein, daß wie bisher, auch künftighin alle Mitglieder ihre Pflicht tun werden. An dieses Pflichtgefühl soll euch heute appelliert werden.

In den nächsten Wochen muß im Verbandsrat eine rührige Werbearbeit entfaltet werden. Sie soll nicht nur alle Zahlstellen durchdringen, sondern sich darüber hinaus auf bisher noch nicht erschlossene Gebiete erstrecken. Zwar ist die Beschäftigungsgelegenheit im Baugewerbe nicht überall günstig und die Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern stellenweise verhältnismäßig groß. Allein diese Tatsache darf uns nicht schrecken. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß selbst in Zeiten ungünstiger Konjunktur eine Mitgliederzunahme erreichbar ist. Die Hauptaufgabe ist, daß die Werbearbeit energisch angegriffen und planmäßig durchgeführt wird. Die kürzlich vom Zentralvorstand herausgegebene illustrierte Flugsschrift wird dabei zweifellos gute Dienste tun.

Wir können die Mitgliederzahl unseres Verbandes noch wesentlich steigern. Die Zahl der Abseitsstehenden ist trotz des an sich guten Organisationsverhältnisses noch immer sehr groß. Es muß erreicht werden, wenigstens einen großen Teil von ihnen davon zu überzeugen, daß sie verpflichtet sind, sich der für Zimmerer allein zuständigen Organisation, nämlich unserm Zentralverband, anzuschließen.

Die bisherige Tätigkeit unseres Verbandes, seine Arbeit auf allen Gebieten wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Lebens müssen jeden Zimmerer zu der Einsicht nötigen, daß er seiner Organisation nicht mehr länger fernbleiben darf, sondern sich ihr als Mitarbeiter und Kämpfer anschließen muß. Sind ihm bisher die Früchte der Organisation mühelos in den Schoß gefallen, hat er geerntet ohne gesät zu haben, so soll er sich nun endlich darauf besinnen, daß ihm die gleichen Verpflichtungen obliegen, wie seinen Kameraden, daß er sich diesen Verpflichtungen lange genug entzogen hat, und daß es jetzt an der Zeit ist, nach Möglichkeit gut zu machen, was er solange versäumt. In unserer neuesten Flugsschrift wird das jedem Kameraden eindringlich klargelegt.

Wir brauchen starke Gewerkschaften. Davon sollten alle Arbeiter längst überzeugt sein. Daß sie es nicht sind, ist bedauerlich. Hier liegt aber auch der Schlüssel, weshalb sich das Unternehmertum gegenüber den Gewerkschaften und den Arbeitern noch immer so manches zu erlauben wagt. Es würde weit weniger provozierend auftreten und zu viel größerem Entgegenkommen an die Arbeiter genötigt sein, wenn die Gewerkschaften noch stärkeren Einfluß besäßen als heute. Dabei kann sich unser Zentralverband, können sich die baugewerblichen Gewerkschaften noch eines beachtlichen Einflusses rühmen. Wäre das anders, wie möchte es dann wohl mit dem Achtfundentag im Baugewerbe bestellt sein? Allen Bestrebungen der Unternehmer zum Trotz konnte der Achtfundentag behauptet werden. Alle Bemühungen der Unternehmer, die Reichsregierung und die Regierungen der Länder zu bewegen, einer verlängerten Arbeits-

zeit für das Baugewerbe zuzustimmen, sind gescheitert. Das ist ein Beweis dafür, daß die baugewerblichen Gewerkschaften auf dem Posten gewesen sind, daß sie ihren Einfluß rechtzeitig geltend gemacht und dadurch unberechenbaren Schaden von der Arbeiterschaft abgewendet haben. Die Unternehmer sind über ihren Mißerfolg in der Arbeitszeitfrage äußerst ungehalten. In einer von der jüngst in Breslau abgehaltenen Hauptversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe gefaßten Entschlieung wird dem Unwillen darüber sehr lebhaft Ausdruck gegeben und ausgesprochen, daß es als im höchsten Maße empörend empfunden werden müsse, wenn in vielen Fällen lediglich die Abneigung der Gewerkschaften gegen eine Arbeitszeitverlängerung als Ablehnungsgrund bezeichnet werde. Ganz offen wird somit der Einfluß der Gewerkschaften anerkannt.

Das ist nur ein Beispiel, durch das bewiesen wird, wie auch die Regierungen an der Stellung der Gewerkschaften nicht vorbeigehen können. Je stärker aber die Position der Gewerkschaften ist, desto mehr wird man auf ihren Rat hören, ihre Einwände berücksichtigen, ihre Forderungen beachten, ihre eventuellen Gegenmaßnahmen fürchten müssen. Daraus folgt, daß die Arbeiterschaft andauernd bestrebt sein muß, ihre Gewerkschaften zu stärken und zu festigen.

Eine Stärkung und Festigung der Gewerkschaften erscheint gegenwärtig besonders nötig. Es stehen für die nächste Zeit eine ganze Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen bevor, woran die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften ein sehr starkes Interesse haben. Wir erinnern nur an das Arbeitsschutzgesetz, an das Berufsausbildungsgesetz usw. Die Gestaltung dieser Gesetze muß durch die Gewerkschaften beeinflusst werden, wenn die Interessen der Arbeiter genügend

8 STUNDENTAG!
 ERHÖHUNG
 DER ARBEITSLÖHNE!
 SOLIDARITÄT!
 UNTERSTÜTZUNG!
 KULTURELLE HEBUNG!
 FERIEN!



geschützt werden sollen. Daß dazu möglichst starke Gewerkschaften notwendig sind, unterliegt keinem Zweifel.

Allein bleiben wir bei unserm Verbands. Seine Erstarkung ist nicht minder notwendig. Vor allen Dingen brauchen wir eine wesentliche Mitgliederzunahme. Der im Vorjahre trotz der bereits im Herbst einsetzenden Arbeitslosigkeit erzielte Erfolg, der im ersten Halbjahr 1928 erfreulicherweise gesteigert werden konnte, muß in den nächsten Monaten noch übertroffen werden. Daß ist bei einigem guten Willen und bei dem Eifer, den wir an unsern Kameraden schätzen können, sehr gut möglich. Ein Mitgliederzuwachs ist auch deshalb erwünscht und notwendig, weil er eine Erstarkung unseres Verbandes in finanzieller Hinsicht zur Folge hat. Wir haben gar keinen Anlaß, uns zu verhehlen, daß die Arbeitslosigkeit unter unsern Kameraden die Zentralkasse in erheblicherem Maße in Anspruch genommen hat, als man zunächst erwarten konnte. Durch einen Zuwachs von ein paar tausend Mitgliedern würde der Mehraufwand schnell wieder hereingebracht werden. Denken wir auch heute schon an den Ablauf unseres Reichs-tarifvertrages im Frühjahr 1929. Ob es möglich sein wird, einen neuen Reichs-tarifvertrag zustande zu bringen, vermag heute noch niemand zu sagen. An Kritik an dem gegenwärtigen Reichs-tarifvertrag hat es auch in unserem Ver-bande nicht gefehlt. Trotzdem möchten wir glauben, daß die Möglichkeit zum Abschluß eines neuen Reichs-tarifvertrages gegeben wäre, wenn sein Inhalt den Forderungen unserer Kameraden mehr entspricht als der des jetzigen Vertrages.

Aber diesen Punkt wollen wir heute nur andeuten. Fest steht jedenfalls, daß man auch in Unternehmerkreisen mit dem Abschluß eines neuen Reichs-tarifvertrages noch keineswegs als sicher rechnet. Zwar hat die jüngste Hauptver-sammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe eine Verhand-lungskommission bestimmt. Allein die Sorgfalt, mit der die Unternehmer ihren Streikschutz auszubauen bemüht sind, spricht dafür, daß sie sich auch auf einen eventuellen negativen Ausgang der Tarifverhandlungen gefaßt machen. So ist also in dieser Beziehung die Zukunft noch durchaus ungewiß. Um so mehr erwächst uns deshalb die Pflicht, alles zu tun, was unsere Organisation zu stärken, was ihr zu nützen vermag.

Wir werden auf dem Posten sein. Nicht nur die Funktionäre, sondern alle Mitglieder unseres Verbandes. Alle werden sich bereitwillig für die Werbearbeit zur Verfügung stellen. Wir werden es schaffen. Der günstige Abschluß der Werbearbeit im Vorjahre, der erfreuliche Zuwachs an Mitgliedern im ersten Halbjahr dieses Jahres werden uns ein Ansporn sein zur intensiven Arbeit auch in den nächsten Wochen und Monaten. Die Arbeitslosigkeit soll uns daran nicht hindern. Wir müssen weiter vorwärtsschreiten. Was könnte uns hemmen? Wir haben den Willen zur Tat. Und die Tat verbürgt den Erfolg. Das hat die Erfahrung bewiesen. Wir glauben an unsern Zentralverband. Wir vertrauen auf ihn. Das stimmt uns hoffnungsfreudig und festgesicher zugleich. Und nun in allen Gauen, in allen Zahlstellen an die Arbeit!

Unternehmertum und Kollektivismus.

Schon seit Jahren setzt sich in der kapitalistischen Wirt-schaft eine bemerkenswerte Entwicklung durch, die in steigendem Maße die Aufmerksamkeit der Wirtschafts-theoretiker auf sich lenkt. Der alte wirtschaftliche Libe-ralismus mit seiner Verurteilung der staatlichen Ein-mischung kommt immer stärker ins Gedränge, da er sehen muß, wie die von ihm als Ideal gepriesene „freie Wirt-schaft“, in der man alles gehen lassen kann, nicht mehr auf-recht zu erhalten ist. Er sieht sich damit vor Probleme gestellt, deren Lösung er bis jetzt vergeblich versuchte, weil er dabei in Widerspruch mit sich selbst gerät. Auf der einen Seite will er die freie Wirtschaft erhalten, auf der andern Seite zwingt ihn die Entwicklung dazu, sie selbst aufzuheben oder doch so einzuschränken, daß von ihr nichts übrig bleibt. Wie aus diesem Dilemma herauszukommen? Die Dinge nehmen eben ihren eigenen Lauf, sind es doch — wie Professor Dr. Schmalenbach vor kurzem in einer viel-beachteten Rede richtig bemerkte — „nicht Menschen, sondern starke wirtschaftliche Kräfte, die uns in eine neue wirtschaftliche Epoche hineintreiben.“

Das ist für den mit dem Sozialismus Vertrauten eigentlich nichts Neues; denn im Grunde genommen voll-zieht sich in dieser Entwicklung nichts anderes als Marx voraus-sagte. Die deutschen Wirtschaftsführer müssen sich diese Tatsache erst von einem der Ihrigen bestätigen und sagen lassen, daß sie sogar, wenn auch unbewußt, Förderer dieser Entwicklung, geradezu ihre Werkzeuge sind. Das klingt etwas absonderlich, geben sich diese sogenannten Wirtschaftsführer doch die größte Mühe, das Gegenteil zu tun. Nur entspricht der Erfolg ihrer Bemühungen im Endeffekt nicht den gewollten Wünschen. Ein Beispiel hier-für haben wir in den während der letzten Wochen an ver-schiedenen Orten stattgefundenen Tagungen der schwer-industriellen Unternehmervereinigungen, die unter anderem auch zu den wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Ge-genwart Stellung nahmen. Das Ergebnis der gepflogenen Beratungen ist nicht nur für die organisierten Arbeiter, sondern auch für die breitere Öffentlichkeit von Bedeu-tung. Es besteht in Forderungen der Unternehmer an die Reichsregierung, die nach ihrer Ansicht unbe-dingt erfüllt werden müssen. Ob die Reichs-regierung diese Unbedingtheit anerkennen wird, ist freilich eine andere Frage. Gleichwohl ist es für die geistige, wirt-schaftliche und soziale Einstellung der verschiedenen Unter-nehmergruppen bezeichnend, daß sie in ihren Forderungen im wesentlichen übereinstimmen. Es läßt das auf einen wohl vorbereiteten gemeinsamen Vorstoß schließen, der sich gegen die Arbeiter richtet.

Im allgemeinen sind es alte Bekannte, denen wir unter diesen Forderungen begegnen: Aufhebung des Schlich-tungszwanges, Wiederherstellung der Selbstverantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Lohn- und Ge-haltsverhandlung, Vereinfachung der Sozialversicherung, Senkung der sozialen Abgaben, Sicherung der Koalitions-freiheit der Arbeitgeber und Arbeiter usw. Auf den richtigen Nenner gebracht, heißt das nichts anderes als die Beseitigung der Tarifverträge, der Arbeitszeitregelung, Kalkulation der Gewerkschaften, Beseitigung des kollektiven Arbeitsrechts und Verhinderung seines weiteren Ausbaus. Das von den Unternehmern verfolgte Ziel ist der „freie Arbeiter“. Nach ihren Begriffen ist der Arbeiter aber nur dann frei, wenn er von allen gesellschaftlichen und gewerkschaft-lichen Bindungen losgelöst, zum willen- und widerstands-losen Kuli herabgedrückt wird und sich den Unternehmer-forderungen ohne Widerspruch fügen muß.

Es gehört zu den typischen Eigenschaften des kapita-listischen Unternehmers, daß er für alles, was sich außer-halb seines engeren Interessenkreises bewegt, blind und taub ist. Er kennt als Individualist nur sich und „sein Recht“. Deshalb fehlt ihm jedes Verständnis dafür, daß andere, besonders wirtschaftlich Tiefstehende, ihm gleich-berberechtigt sein und Anspruch auf Berücksichtigung auch ihrer Interessen haben sollen. Wie der einzelne, so ist die Gesamt-heit! Die Unternehmer halten es als ganz selbstverständlich, sich den verschiedensten Organisationen und Kartellen an-zuschließen und damit Bindungen einzugehen, die weit über das hinausreichen, was an solchen Bindungen für die Ar-beiter in Betracht kommen kann.

Die Unternehmer haben in ihren Organisationen, Kar-tellen, Syndikaten und Trusts den hohen Wert kollektiven Zusammenarbeitens und -handelns erkannt. Sie ziehen daraus erhebliche Vorteile. Den Arbeitern dagegen soll ein gleiches Vorgehen, der organisatorische Zusammenschluß und die kollektive Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen ver-

sagt sein. Es entspricht das der alten Unternehmern-moral: Wenn zwei das Gleiche tun, so ist es nicht dasselbe! Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung hat zwar den Unternehmern reichlich Gelegenheit geboten, zu lernen, daß diese Moral heute nicht mehr maßgebend sein kann. Sie müßten daher auch wissen, daß sich die früher zu ihrer Geltung üblichen Methoden nicht mehr anwenden lassen. Dazu sind die Gewerkschaften inzwischen denn doch zu stark und mächtig geworden.

Die von den Gewerkschaften durch tarifliche Regelung angestrebte kollektive Gestaltung des Arbeitsvertrages und der Arbeitsbedingungen stieß bei den Unternehmern von allem Anfang an auf den schärfsten Widerstand. Sie haben ihn nicht aufgegeben, obwohl sie dabei fortgesetzt Nieder-lagen erlitten und eine Position nach der andern räumen mußten. Seine gesetzliche Anerkennung war nichts anderes als die Feststellung, daß die kollektive Regelung des Ar-beitsvertrages zu einer unabwiesbaren wirtschaftlichen Not-wendigkeit geworden war. Ihr entspricht die Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts.

Wenn die Unternehmer deshalb glauben, die kollektive Regelung des Arbeitsvertrages wieder beseitigen sowie den wei-teren Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts verhindern zu können, so geben sie sich damit einer bösen Selbsttäuschung hin. Der Kollektivismus liegt in der Luft! Die gesamte Wirtschafts-entwicklung bewegt sich in der Richtung auf eine gemein-wirtschaftliche Umgestaltung. Noch wird ihr zwar von bürgerlicher Seite ein starker Widerstand entgegenge-setzt; dieser ist aber infolge der von den Unternehmern betriebenen Monopolwirtschaft in deutlich wahrnehmbarer Abnahme begriffen. Die Unternehmer brauchen daher nur die auf ihren Tagungen erörterten Pläne gegen die Ar-beiter zu verwirklichen, um diese Entwicklung weiter zu fördern.

Wie der Generaldirektor Dr. Paul Reusch auf einer Tagung in Düsseldorf erklärte, befindet sich das Unter-nehmertum seit Friedensende fast immer in der Defensive, also gegenüber den Arbeitern in Verteidigungsstellung. Es müsse daher geprüft werden, ob nicht seine bisherige Haltung geändert werden könne. Damit wird etwas angekündigt, was längst geschehen ist. Zwei Pläne stehen hierfür zur Er-örterung. Der eine verfolgt die Auflösung der Arbeit-geberverbände und Rückkehr zur betrieblichen Regelung der Arbeitsbedingungen, der andere eine stärkere Zen-tralisierung der Arbeitgeberorganisationen sowie Schaffung einer zentralen Kampforganisation der deutschen Unter-nehmerchaft. Beide Pläne schließen ihre gemeinsame An-wendung nicht aus. Ihren Urhebern scheint die Sache sehr einfach. Durch wenn auch nur vorübergehende Auflösung der Arbeitgeberverbände werden die Arbeitgeber als kollektive Tarifkontrahenten beseitigt, die Gewerkschaften mit ihren Forderungen an die einzelnen Arbeitgeber verwiesen, denen dann die zentrale Kampforganisation der Unter-nehmer zur Abwehr dieser Forderungen zur Seite stehen würde.

Wirklich außerordentlich einfach! Nur dürften die Unternehmer mit Ausführung dieser Pläne, wie schon oft, auf einen falschen Einjaß gewettet haben. Die Gewerkschaften lassen sich durch solche Drohungen nicht ins Bockshorn jagen. Wollen ihnen die Unternehmer den Kampf um die errungenen wirtschaftlichen, arbeitsrechtlichen und sozialen Positionen aufzwingen, so werden sie ihn auf-nehmen! Dessen können aber die Unternehmer versichert sein, daß sie die Entwicklung zur kollektiven Umgestaltung der Wirtschaft nicht aufhalten werden. Wie immer werden sie sich vielmehr nur als die Kraft erweisen, die zwar das Böse will, schließlich aber doch dazu beitragen muß, das im Zuge der Entwicklung liegende und aus den wirtschaft-lichen Verhältnissen Gebotene herbeizuführen!

Die Unfallverhütung in den gewerblichen Betrieben auf der XI. Internationalen Arbeitskonferenz.

I.

Die diesjährige Tagung der Internationalen Arbeits-konferenz in Genf beschäftigte sich vorwiegend mit Fragen der Unfallverhütung. Gegenstand der Verhandlungen war der sogenannte „graue Bericht“ des Internationalen Ar-beitsamtes über die Unfallverhütung in den gewerblichen Betrieben und der diesem Bericht beigelegte Vorentwurf eines Fragebogens. Die zur Zeit geltende Geschäftsordnung der Internationalen Arbeitskonferenz verlangt, daß die erste

Erörterung jeder zur Verhandlung stehenden Frage zu einer Entschlieung zu führen hat, ob es zweckmäßig ist, einen Fragebogen über diese Angelegenheit an die Re-gierungen zu richten. Galt die Konferenz die Absendung eines Fragebogens für erforderlich, muß sie natürlich auch über den Wortlaut des Fragebogens Beschluß fassen. Denn erst die Antworten der Mitgliederstaaten auf die gestellten Fragen können die Grundlage zu einem internationalen Vor-gehen auf diesem Gebiet schaffen.

Den Beratungen in den Ausschüssen ging eine zwei-tägige Generaldebatte im Plenum voraus. Alle drei Gruppen der Konferenz — die Vertreter der Regierungen, der Unternehmer und der Arbeiter — waren sich darüber einig, daß zur Verhütung von Unfällen mehr als bisher geschehen müsse. Trotzdem konnte man aus den von der Unternehmer-gruppe hierbei abgegebenen Erklärungen schon eine gewisse Zurückhaltung heraus hören. Von dieser Seite wurde viel von der freiwilligen Initiative des Betriebsunternehmers auf dem Gebiete der Unfallverhütung gesprochen. Es stellte sich hinterher heraus, daß darunter eine vollkommene Be-wegungsfreiheit des Unternehmers bei der Durchführung von Schutzmaßnahmen verstanden wurde und man von gesetz-lichen Vorschriften und Betriebsüberwachungen möglichst wenig wissen wollte. Die regulierende und eventuell mit sanftem Druck nachhelfende Hand des Staates zur Er-reichung der notwendigen Betriebssicherheit sollte beseite getrieben werden. Von den Arbeitervertretern wurde hie-bei schon mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Arbeiterschaft bei aller Würdigung und Unterstützung der freiwilligen Be-tätigung zur Bekämpfung der Unfallgefahren bei der Lö-sung dieser Fragen auf die Mitwirkung des Staates einen besonderen Wert legt. Die Zeit ist noch nicht gekommen, wo jeder Unternehmer und jeder Arbeiter selbst und ohne jede Nachhilfe von behördlicher Seite alles tut, was zur Vermeidung von Unfällen notwendig ist.

In den Ausschussberatungen trafen dann die Absichten der Unternehmergruppe noch deutlicher hervor. In dem großen Ausschuss für allgemeine Fragen der Unfallverhütung, in dem Teil I und II des Fragebogens behandelt wurde, versuchte man eine Ueberrumpelung, die aber zum Leidwesen ihrer Urheber mißlang. Mit der Begründung, daß zur För-derung der Unfallverhütung keine Zeit zu verlieren sei, wurde vorgeschlagen, eine von der britischen Regierungsdelegation vorgelegte Entschlieung anzunehmen. Gegen den Wort-lauf der Entschlieung war an sich wenig einzuwenden. Weit mehr aber gegen die von den Befürwortern der Entschlieung verfolgte Absicht. Man wollte nämlich mit der Annahme der Entschlieung alle weiteren Beschlüsse in den Fragen der Unfallverhütung unterbinden. Eine schöne Entschlieung, in der die Notwendigkeit zur Förderung der Unfallverhütung hervorgehoben, in der auf die Zusammenarbeit aller Beteiligten hingewiesen wurde und in der der Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben werden sollte, sich aller damit in Zusammenhang stehenden Fragen anzunehmen und sie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu lösen, sollte der Anfang und gleichzeitig auch das Ende der Ver-handlungen sein. Auf diese Weise hoffte man, die Beratungen und die Annahme des vom Internationalen Arbeitsamt ent-worfenen Fragebogens zu Fall zu bringen. Gelang das, dann erübrigte sich die nach der Geschäftsordnung vorge-sehene zweite Beratung der Angelegenheit im nächsten Jahr. Dem Ziel der Konferenz, nach zweimaliger Beratung der ganzen Angelegenheit zu einem internationalen Abkommen zur Förderung der Unfallverhütung zu kommen, sollte also von vornherein der Boden entzogen werden. Dieser Plan konnte durch die Arbeitergruppe mit Unterstützung eines Teils der Regierungsvertreter abgelehnt werden. Wenn hinterher erklärt wurde, es sei nicht beabsichtigt gewesen, durch die Annahme der vorgelegten Entschlieung die Be-ratung des Fragebogens und die daraus sich ergebenden weiteren Schritte zu verhindern, so wirkte das nicht über-zeugend.

Bei den nun nicht mehr zu umgehenden Beratungen des Fragebogens trat nämlich immer wieder das Bestreben der Unternehmergruppe hervor, in den Fragen der Unfall-verhütung vollste Bewegungsfreiheit zu behalten, möglichst jede Einmischung des Staates zu verhindern und die Mit-wirkung der Arbeiterschaft nur zuzulassen, soweit sie dem Tun und Lassen der Unternehmer nicht unbecquem wird. Ins-besondere trafen diese Absichten bei der Beratung des Teils II des Fragebogens klar hervor. Bei diesem Teil wurde von den Unternehmern beantragt, die Frage, ob der Vorschlag gesetzliche Maßnahmen in bezug auf Vorschriften zur Erreichung eines Mindestmaßes von Sicherheit empfehlen soll, zu streichen. Nach den vorangegangenen Schilderungen der Verhältnisse auf dem Gebiete der Betriebssicherheit

mußte angenommen werden, daß durch die so stark in den Vordergrund geschobene freiwillige Initiative der Unternehmer und ihrer Vereinigungen im allgemeinen bereits mehr geleistet werde als gesetzliche Bestimmungen über Mindestlohn fordern würden. Da trotzdem allerlei Bedenken dagegen geltend gemacht werden, schien in den einzelnen Staaten bezüglich der Betriebsicherheit noch sehr viel im argen zu liegen. Auf andere Weise war der Widerstand der Unternehmergruppe gegen die Schaffung eines gesetzlichen Mindestlohnes nicht zu erklären.

Einen ebenso heftigen Widerstand löste seitens der Unternehmervertreter die Beratung der Frage aus, ob zur wirksamen Durchführung der Schutzbestimmungen in den Betrieben die Arbeitsaufsichtsbeamten befugt sein sollen, vorbehaltlich einer anderen Entscheidung ihrer vorgesetzten Behörde rechtsverbindlich anzuordnen, was der Arbeitgeber tun muß, um sich in Einklang mit den in Frage kommenden Gesetzen und Verordnungen zu befinden. Hier waren es besonders die englischen Unternehmer, die den Arbeitsaufsichtsbeamten ein direktes Anordnungsrecht nicht zugehen wollten. Bei gegensätzlicher Auffassung des Unternehmers und des Arbeitsaufsichtsbeamten über das erforderliche Maß von Betriebsicherheit sollte das ordentliche Gericht entscheiden. Die Entscheidung von Juristen, also von Laien auf dem Gebiete der Unfallverhütung, war den Unternehmern anscheinend genehmer als die objektive und sachmännliche Beurteilung einer solchen Angelegenheit durch Arbeitsaufsichtsbeamte, die in der Praxis groß geworden sind.

Beide Anträge fanden glücklicherweise keine Mehrheit. Man hätte aber erwarten können, daß die Regierungsguppe energischer und geschlossener den Versuchen der Unternehmer — dem Staat nur die Rolle des stillen Beobachters auf diesem für die Mehrheit der Bevölkerung so wichtigen Gebiete zuzuweisen — entgegengetreten wäre.

(Fortf. folgt.)

Manich und Maschine in ihren Beziehungen zum Lohnproblem.

Eine ungeheure Arbeit ist täglich und stündlich, ja in jeder Minute zu leisten, um die Güter herzustellen, die ein Volk verbraucht. Reichen die zu diesem Zweck angelegten Arbeitskräfte aus, so werden Störungen und Krisen vermieden. Sind es zu wenig, dann haben wir die Produktionskrise im Hause, die uns aus den ersten Jahren nach Kriegsende noch erinnerlich ist, deren hervorstechendstes Merkmal die Warenknappheit auf fast allen Gebieten war. Sind zuviel Produktionskräfte in Wirklichkeit, dann ist eine doppelte Krisenerscheinung die Folge. Sie ist wirtschaftlicher und sozialer Natur. Wirtschaftlicher insofern, als bei eingetretener Ueberproduktion, die wir von unserm Standpunkt aus auch als Unterkonsumtion bezeichnen können, Maschinen und industrielle Anlagen zum Zweck der Einschränkung der Gütererzeugung untätig und unausgenutzt bleiben, was einer Vernichtung riesiger Kapitalien gleichkommt. Sozialpolitisch äußern sich die Krisenerscheinungen in einem Freiwerden menschlicher Arbeitskräfte, in verstärkter Arbeitslosigkeit mit all ihren unglücklichen sozialen Folgeerscheinungen.

Beides ist unerwünscht. Beides soll nach Möglichkeit vermieden werden. Zwei Wege sind gangbar. Der eine erfordert Vernunft in der Schaffung und Inangabe neuer industrieller Produktionskräfte, berührt also das Problem der Mechanisierung. Der andere erheischt Befreiung der sogenannten Ueberproduktion durch Verbrauchssteigerung als Folge der Kaufkraftsteigerung, endet demnach bei der Frage der Lohnbemessung.

Beginnen wir beim ersten, bei der fortschreitenden Mechanisierung unserer Wirtschaft. Verstärkte Anwendung maschineller Arbeitskraft setzt menschliche Arbeitskräfte frei. Trotzdem wäre es kurzfristig vom Arbeiterstandpunkt aus, diesem Prozeß Widerstand entgegenzusetzen. Das wäre moderne Maschinenfüttererei. Es läßt sich auch kein Beispiel aus der neueren Wirtschaftsgegeschichte anführen,

Unsere statistischen Feststellungen

vom 30. Juni 1928.

845 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 102 993 nachgewiesen, darunter 12 530 Lehrlinge. Arbeitslos waren 9195 oder 8,9% und krank 1804 oder 1,7%. Wie es im Bereiche der einzelnen Landesarbeitsämter steht, zeigt folgende Tabelle:

Landesarbeitsamt	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten				Von den Mitgliedern aus Spalte 3 sind			krank
	beteiligt		nicht beteiligt		Lehrlinge	arbeitslos		
	Männl. weibl.	Mitgl. glieder	Männl. weibl.	Mitgl. glieder		gesamt	in %	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Ostpreußen . . .	53	4912	1	32	680	663	13,5	67
2. Schlesien . . .	74	10236	11	768	1663	1453	14,2	171
3. Brandenburg . .	105	12351	13	1596	1189	620	5,0	237
4. Pommern . . .	57	3895	10	314	527	490	12,6	49
5. Nordmark . . .	105	10183	10	256	1104	968	9,5	138
6. Niedersachsen . .	81	6534	9	664	551	358	5,5	130
7. Westfalen . . .	26	3106	2	290	217	387	12,4	71
8. Rheinland . . .	21	4167	3	79	196	770	18,4	139
9. Hessen . . .	24	4147	9	198	325	509	12,3	66
10. Mitteldeutschl. .	131	12686	12	760	1516	1051	8,3	248
11. Sachsen . . .	62	19626	—	—	2759	838	4,3	219
12. Bayern . . .	69	6389	10	498	495	760	11,9	146
13. Südwestdeutschl.	34	4114	11	367	338	325	7,9	112
Deutsches Reich zus.	842	102 346	101	5822	11752	9190	9,0	1793
14. Ausland . . .	3	647	—	—	102	5	0,1	11
Gesamtverband . .	845	102 993	101	5822	11864	9195	8,9	1804

Der gesamte Bestand beträgt:
 1. Zahlstellen (Spalte 2 und 4) 946
 2. Mitglieder (Spalte 3 und 5) 108 815
 3. Lehrlinge (Spalte 3 und 5) 12 530

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 26. Mai hat sich die Arbeitslosenziffer von 11,6% auf 8,9%, die Krankenziffer von 1,9% auf 1,7% verringert.

Das Ergebnis vom 26. Mai stellt sich, nachdem noch 13 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 930 Zahlstellen mit zusammen 106 702 Mitgliedern, darunter 12 094 Lehrlinge, waren 12 346 Mitglieder arbeitslos und 1968 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 28. Juli.

daß das von der Arbeiterschaft und den sie repräsentierenden Gewerkschaften je geschehen ist. Freilich kann man auch von dem Arbeitsmenschen nicht verlangen, daß er seinem eisernen Bruder, der sich an seinen Arbeitsplatz setzt und ihn erwerbslos macht, begeisterte Sympathien entgegenbringe. Trotzdem hat die Vernunft auf Seiten der Arbeiterschaft bisher stets gesiegt. Aber eines kann der Arbeiter mit vollem Recht verlangen — und das ist der Kernpunkt des Maschinenproblems — daß nämlich die mechanische eiserne Kraft nur dann Eingang und Verwendung im Betrieb finden darf, wenn sie billiger arbeitet als die menschliche.

Das braucht keineswegs immer der Fall zu sein und ist vielfach auch nicht der Fall. Auch der eiserne Sklave, die Maschine, verlangt ihren Lohn, der sich aus mehreren Bestandteilen zusammensetzt. Die Anschaffung einer Maschine kostet oft erheblich viel Geld. Das muß verzinst und, wenn es nicht aus eigenen Mitteln aufgebracht ist, auch abgetragen werden. Des weiteren arbeitet die Maschine nur eine bestimmte Anzahl von Jahren. Bei jedem Jahresabschluss muß soviel zurückgelegt werden, daß sie nach Ablauf dieser Frist durch eine neue ersetzt werden kann. Sie muß abgeschrieben werden, wie der bilanztechnische Ausdruck dafür lautet. Endlich braucht die Maschine zu ihrer

Inangahaltung Antriebsenergien in Form von Dampf, Elektrizität, Gas usw., die ebenfalls auf das Lohnkonto dieses eisernen, seelenlosen Arbeiters kommen. Erst dann, wenn alle diese Posten eine niedrigere Endsumme ergeben, als der Lohn für eine von Menschen geleistete gleiche Arbeit, ist wirtschaftlich und sozial die Einführung der Maschine zu rechtfertigen. Erst dann vermehrt sich der Betriebsgewinn, an dem die im Betrieb verbleibende Arbeiterschaft nun durch Gewerkschaftsarbeit in entsprechend höherem Maße beteiligt werden kann, so daß sie durch verstärktes Kaufen auch wieder die Voraussetzung zu verstärkter Gütererzeugung schafft, wodurch die freigewordenen Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß eingereihet werden.

Freilich läßt sich bei dem heutigen Zustand unserer Wirtschaft nicht feststellen, ob und inwieweit diesem Grundsatz seitens der Unternehmer Rechnung getragen worden ist. Es gibt aber Beispiele genug dafür, die beweisen, daß hier große Fehler gemacht worden sind. Fehler, die dadurch entstanden sind, daß in dem technischen Laumel der letzten Jahre sehr oft der Kaufmann von dem Techniker besiegt worden ist. So lesen wir beispielsweise in dem Schmalenbachaufachten über die „Gegenwärtige Lage des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaus“ in der Sonderabhandlung von Dr. Waade, daß eine Bergwerksgesellschaft eine erst vor drei Jahren errichtete moderne Kokerei abbrach, um sie durch eine noch modernere zu ersetzen. Und das nur, um eine höhere Quote im Syndikat zu erreichen. In wievielen Fällen, die die Öffentlichkeit nicht kennt, mag es ebenso oder ähnlich liegen?

Aber noch eine andere, gesamtwirtschaftlich sehr bedeutsame Folgeerscheinung hat die verstärkte maschinelle Arbeitsweise. Die Maschine will, im Gegensatz zur menschlichen Arbeitskraft, ganz gleich, ob sie arbeitet oder nicht, vom Betrieb entlohnt sein. Das zu ihrer Anschaffung notwendige Kapital muß verzinst und die Abschreibungen müssen vorgenommen werden, ohne Rücksicht darauf, ob der Betrieb arbeitet oder stillsteht. Die Sorge um den arbeitenden Menschen, wenn er wegen der durch Abfallmangel eingetretenen Betriebs Einschränkung entlassen wird, trägt der Betrieb nicht mehr oder doch nur indirekt zu einem winzigen Teil.

Da die Betriebsauslagen für Maschine und Anlagen weitergehen, auch wenn das Werk seine Tore schließt und Riesenwerte vernichtet würden, muß der moderne Betrieb stets darauf bedacht sein, möglichst voll ausgenutzt zu arbeiten. Das aber kann er nur, wenn Abfall für seine Produkte da ist. Wie dieser zu schaffen ist, dürfte heute kaum noch umstritten sein. Nur zu einem kleinen Teil kommt eine Abfallsteigerung auf den von allen Konkurrenzländern umstrittenen Auslandsmärkten praktisch in Frage. Nur ein kaufkräftiger Inlandsmarkt kann diese wirtschaftspolitisch notwendige Funktion übernehmen. So macht die fortschreitende Mechanisierung und Rationalisierung der deutschen Wirtschaft Steigerungen des Reallohns der großen Verbraucherschichten zur Notwendigkeit, wenn nicht Wirtschaftskrisen von bis dahin ungeahnter Heftigkeit mit Riesenverlusten wirtschaftlicher Werte und großem sozialen Leid alles wirtschaftlich und technisch bisher Erreungene zunichte machen sollen. So gesehen, erhält die Gewerkschaftsarbeit ihre volle Würdigung. J. W.

Sind Lehrlings-Eignungsprüfungen im Interesse des Berufslebens erforderlich?

Infolge der technischen Vervollkommnung aller Betriebsmittel und Arbeitsverfahren haben seit mehreren Jahren auch die größeren Arbeitsämter die psychologische Eignungsuntersuchungen im Interesse der Lehrlinge und des Unternehmertums einführen müssen. Die bisherige Zusammenarbeit mit der Schule und dem Schularzt genügt hierin allein nicht mehr, um den Lehrling dem geeigneten Beruf zuführen zu können. Diese nun seit

Reihenordnung der Leipziger Zimmergesellen vom Jahre 1692.

Quelle: Leipziger Staatsarchiv, II. Sekt., 3. 82.

Von Arno Kapp, Leipzig.

Am 14. März des Jahres 1692 richteten die Leipziger Zimmergesellen an den Rat folgenden Brief:

„Ew. Magnificenz, Großachtb. seynd unser schuldiger gehorsambster Dienst anvorn.“

Aus christlicher Sorgfalt vor uns und die untrigen haben wir, damit jeder von uns eines ehrbaren Begräbnis genießen möge, gewisse Punkte einlegend vereinigt, legen solche zu E. Hochw. Raths Füße und bitten gehorsambt, diese nach genugsamer Ueberlegung zu gestatten, und umb stete Erhaltung willens (solche) zu confirmiren.

Werdens mit schuldigem Dank anerkennen . . .

„Treuehorsambt die gesambten Zimmer-Gesellen alhier zu Leipzig.“

Um ihrer Eingabe an den Rat den gehörigen Nachdruck zu verleihen, hatten den Brief sämtliche Gesellen des Zimmerhandwerks zu Leipzig unterschrieben. Die Artikel aber hatten folgende Fassung:

„Der von den Leipziger Zimmergesellen im Jahre 1692 aufgerichtete Leichenvergleich.“

Nachdem E. E. Gesellschaft derer Zimmer-Gesellen zu Leipzig in erwegung gezogen, wie hithero bey manchen Ablebendem, theils wegen hohen Alters, theils wegen anderen Ursachen halber soviel Vermögen nicht erübrigt besunden, daß ehrbar nach Handwerks Gebrauch beerdigt werden möchte . . . also haben die hiesigen, allbereits in die einheimischen Zimmer-Rollen in Leipzig eingeschriebenen Gesellen sich darüber miteinander beredet und nachfolgende Punkte vereinigt:

1. Soll eine gemeinsame Begräbnisbüchse aufgerichtet werden, in welche
2. „von allen und jedem Einheimischen oder in die hiesigen Rollen bereits eingeschriebenen acht gute Groschen eingelegt und gesammelt werden.“

3. „Wer in die Rollen eingeschrieben werden will, muß zuerst seinen „Lehrbrief“ herbeischaffen; er hat außerdem

4. „noch den Geburtsbrief seiner Frau einzuliefern, auch

5. „nachzuweisen, „daß er 2 Jahre gebührend gewandert“ habe.

6. „Hat er dies nicht, muß er für das Einschreiben sechs Gulden, „drey denen Meistern und drey in der Gesellen Leichen-Büchse zu entrichten.“

7. „Bringt ein Geselle eine Frau ins Handwerk, die sich „vor der Ehe von ihm hat beschlafen und schwängern lassen“, so muß er für sie einen Taler Strafe bezahlen. „Wenn sie aber von einem andern zu Falle gebracht worden“, so muß er das Doppelte entrichten.

8. „Wer sich von dato an in die Leipziger Zimmer-Rollen schreiben lassen will, es sey ein Fremder oder Einheimischer, derselbe soll zum Harnisch oder Rüstung (für die Verteidigung der Stadt) 6 Groschen und zu Leichen-Lüchern 8 Groschen, also 14 Groschen bar einlegen.“

9. „Wenn ein Geselle sich außerhalb Leipzigs verheiratet hatte und mit Frau und Kind nach Leipzig zog, hatte für sich denselben Betrag zu entrichten, für sein

10. „Weib einen Gulden und

11 für jedes Kind ebenfalls einen Gulden in die Leichenbüchse zu legen.

12. „Was das umgiebethe (Leichenbitter)-Amt (ambelangt), soll es ein jeder Geselle ein Jahr nacheinander verrichten.“ Wer nicht zur Leiche biffen gehen wollte, konnte sich durch Erlegung eines Guldens loskaufen. Dann mußte der nach ihm eingeschriebene

13. „das Amt verrichten und zur Leiche einladen.

14. „Fand sich kein Geselle hierfür, so wurde einer von der Gesellschaft hierzu bestimmt, welcher dann aus der Büchse bezahlt wurde.

15. „Die Witwe eines Gesellen hatte pro Jahr zwei Groschen zur Leichenkasse zu zahlen, wurde aber dann auf Kosten der „Büchse“ beerdigt.

16. „Uebertretungen gegen die Leichenordnung wurden mit 2 Groschen gestraft.

17. „Von denen, an welchen das Leichen-Tragen ist, und nicht beobachtet, sind 3 Groschen“ zu entrichten, auch dürfen

18. „die „Leichen-Gebühren hinfort nichtmehr verfrunken, sondern müssen ebenfalls voll in die Büchse gelegt werden.“

19. „Auf solche Art ist die Leichen-Büchsen wohl wahrgenommen und beygelegt worden.“ Starb der Geselle, so erhielt die Witwe zum Begräbnis 6 Reichstaler. (Das waren nach damaliger Währung ungefähr sechs bis sieben Wochenlöhne.) Die Witwe erhielt auch noch

20. „die Leichenbüchse der Gesellschaft vergönnt.“

21. „Der Verstorbene wurde von sämtlichen einheimischen Zimmergesellen zum Grabe begleitet.

22. „Waren keine 6 Taler in der Begräbniskasse, mußte der Betrag durch Sammlung aufgebracht werden und der Witwe „völlig und bar gereicht werden“. Falls die

23. „Anno 1626 gestickten zwey Sargshilder unscheinbar werden sollten, sollen zwey neue von Silber, wein solche sich länger halten und bey höchster Noth dem Handwerke zu guthe besser als gestickte angewendet werden können, gefertigt werden.“

24. „Schließlich haben alle Zimmer-Gesellen bey der Leipziger Rolle solche Punkte zur erhaltung guten vernemns und ehrlicher Beerdigung der Verstorbenen, auch damit die Obrigkeit bey vorfallendem (Geld)-Mangel nicht so oft bebelliget werde, reichlich überlegt und also vereinigt.“

So geschehen zu Leipzig den 14. März 1692.

Amusement. In der Nacht vom Sonntag zum Montag trifft der Zimmergeselle Georg Klawfschek seinen Zimmerpolier. Klawfscheks Zylinder ist wüß eingetrieben, unter der Hutkrempe geht ein Riß bis zum Nasenbein, rote Blutkaskaden spritzen munter. Ein Auge ist blaßschwarz und zugeklebt. Die linke Wade ist dick wie ein Kinderfußball. In seinem bunten Sackuch trägt Klawfschek einige Back- und Schneidezähne. „Is jut, daß ich dir treffe, Polier“, sagt Klawfschek, „da kannte gleich Bescheid kriegen. Ich komm morjen nicht arbeiten, ich hab heute amüsiert — —!“ (Aus dem „Simplizissimus“.)

Jahren geförderten Arbeiten auf dem Gebiet der psychotechnischen Eignungsprüfungen zeigen aber schon heute, daß sie gute Ergebnisse für die verschiedensten Handwerkerberufe aufzuweisen haben. Allerdings dürfen trotz dieses Erfolges nicht die Grenzen der psychotechnischen Eignungsuntersuchungen übersehen werden, daß heißt, man soll keine derartigen Untersuchungen veranlassen für solche Berufsanwärter, die seitens des Arztes schon hierfür fähig gehalten werden und die erforderlichen vorliegenden Schulzeugnisse die nötigen Kenntnisse ebenfalls bestätigen.

Ueber die Methode der psychotechnischen Eignungsuntersuchungen sind heute allerdings ebenfalls noch Meinungen verschiedener Art vorhanden unter den Psychologen. Die eine Gruppe wünscht den ganzen Menschen mit seinen psychischen Eigenschaften zu erfassen, wogegen die andere nur die Untersuchung auf diejenigen psychischen Eigenschaften und Fähigkeiten ausgedehnt wissen will, die für den zukünftigen Beruf des einzelnen wichtig sind. Die psychotechnische Eignungsprüfung, die sich auf die Feststellung der berufswichtigen Eigenschaften beschränkt, bedient sich schriftlicher und apparativer Proben. Jedes Verfahren besteht aus einer größeren Anzahl von Probeversuchen, so daß selbst bei einmaliger Verfaugung dieses nicht von ausschlaggebender Bedeutung auf das Gesamtergebnis ist, da Gelegenheit gegeben wird, dies durch bessere Leistungen in anderen Proben auszugleichen. Ferner erhalten die Prüflinge (Lehrlinge) Gelegenheit, sich in Vorversuchen, die nicht bewertet werden, mit den Aufgaben vertraut zu machen, so daß eine Vermeidung von Ueberrassungen durch neuartige und ungewohnte Arbeiten gegeben ist. Durch diese sorgfältige Vorbereitung ist also ebenfalls die Gewähr für die einwandfreie Arbeit der Eignungsuntersuchungen gegeben. Selbstverständlich dürfen auch zur psychotechnischen Eignungsuntersuchung nur psychotechnisch geschulte Beamte herangezogen werden, andernfalls sind Fachpsychologen hiermit zu beauftragen. Zweckmäßig wird es auch ferner sein, zur Gutachtung der auszuführenden psychotechnischen Untersuchungen einen Ausschuss einzusetzen, in dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter vertreten sind, damit diese ebenfalls vor dem Verfahren gutachtlich gehört werden können. Hierdurch werden alle Widerstände gegen die Eignungsuntersuchungen schon rechtzeitig vermieden.

Die Eignungsuntersuchung muß sich darauf beschränken, festzustellen, ob der Lehrling für den gewählten Beruf geeignet ist oder nicht. Ausgeschlossen ist ferner allerdings hierbei nicht, daß bei Ablehnung des gewählten Berufs auf Grund des vorliegenden Resultats dem Lehrling in seinem eigenen Interesse ein anderer geeigneter Beruf empfohlen werden kann, das heißt, das Resultat der Eignungsuntersuchung wird man im Sinne der Berufsberatung auswerten können.

Ueber die Zuverlässigkeit psychotechnischer Eignungsuntersuchungen ist zu bemerken, daß jede gewissenhaft arbeitende Untersuchungsstelle im einzelnen Arbeitsamt oder Landesarbeitsamt die gewonnenen Urteile auch fortlaufend überwachen wird. Es müssen die Urteile, die die Praxis über die eingestellten Bewerber in den einzelnen Lehrstellen nach genügender Einarbeitung ergeben hat, mit den Ergebnissen der Eignungsuntersuchungen verglichen werden. Bei hier sich noch bemerkbar machenden Fehlgriffen muß weiter rechtzeitige Umschulung respektive Einweisung des Lehrlings zu einem andern Berufszweig versucht werden. Nach den bisher gemachten Erfahrungen sollen erfreulicherweise nur bei 4 bis 6 % der eingestellten Lehrlinge in Deutschland sich Abweichungen zwischen beiden Urteilen ergeben haben. Somit muß der Versuch, im Rahmen psychotechnischer Kurzprüfungen die Bewerber — besonders im Lehrlingswesen — mit großer Sicherheit richtig nach ihrer Berufseignung zu beurteilen, als vollausgelungen bezeichnet werden. Unterzeichneter möchte aber dennoch auf Grund gemachter Erfahrung in seinem Arbeitsamt nicht die Zusammenarbeit mit der Lehrer- und Metzgerschaft wissen, sondern vielmehr die psychotechnische Eignungsuntersuchung als erfreuliche Ergänzung hierin erblicken. Es muß gerade in den nächsten Jahren mehr wie bisher versucht werden, die geringer sich zeigende Lehrlingszahl in die richtigen und geeigneten Berufszweige hineinzubringen. Dieses kann nur dann geschehen, wenn Lehrer- und Metzgerschaft sich mit den Fachpsychologen im Arbeitsamt und mit der Elternschaft zusammenfinden, deren Kinder den einzelnen Berufszweigen zugeführt werden sollen. Nur dann allein dürfte ein Fehlgriffen im erwählten Berufszweig mehr und mehr in Zukunft vermieden werden können. R. W.

Internationale Nachrichten.

Elfte Jahresversammlung der britischen Bauarbeiter.

Wenn man „The National Federation of Building Trades Operatives of Great Britain and Ireland“ richtig übersetzt, muß man eigentlich sagen: „Reichsbund der im Baugewerbe Groß-Britanniens und Irlands Beschäftigten“. Man hat dann aber, wenn man sie sonst nicht kennt, ebensowenig eine rechte Vorstellung von dieser Körperschaft, als wenn man sie kurzweg „Englischer Baugewerksbund“ nennen würde, wie das häufig geschehen ist. Denn ein „Baugewerksbund“ in dem Sinne, wie er in Deutschland besteht, ist dieser Reichsbund der britischen Bauarbeiter nicht. Er ist vielmehr eine lose Zusammenfassung von 14 verschiedenen Bauarbeitergewerkschaften zum Zwecke der einheitlichen Führung der Lohnbewegungen und der Verhandlungen über Reichstarifverträge. Er ist also weit eher ein „kleiner ADGB“ als eine feste und starke Industriegewerkschaft. Ja, vielleicht hat dieser Bund noch nicht einmal die organisatorische Stärke des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wir haben unter der Leitung des ADGB allerlei beachtenswerte Leistungen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet sowie zur Vereinfachung der Verwaltungen in den Gewerkschaften, zur gleichmäßigen Beitragszahlung, zum gleichmäßigen Formular- und Mitgliedsbuchwesen usw. aufzuweisen. All das fehlt im Britischen Baugewerksbunde. Solche Anregungen gibt er nicht und gestattet er sich auch nicht, zu geben. Er ist einfach

Zweckverband, hat nur wenige Aufgaben und geht in seinen Arbeiten nicht über ihre Erfüllung hinaus. Daher erklärt sich auch, daß man die Mitgliedschaft in ihm nicht sehr tragisch nimmt, wenn es scheint, daß man allein mehr für die eigene Gewerkschaft erreichen könne. Die Maurer und Steinmetzen, die Stukkateure, die schottischen Maler zum Beispiel waren schon mal im Bunde, waren draußen und sind bis auf die Stukkateure jetzt wieder Mitglied des Bundes. Da man in Groß-Britannien in gewerkschaftlichen und auch parteipolitischen Fragen weit toleranter ist als bei uns und die Dinge weniger prinzipiell, dafür aber weit mehr von einfachen Zweckmäßigkeitsgründen aus betrachtet, so wird zwar am Ausscheiden einer Gewerkschaft auch Anstoß genommen, aber es ist nicht so ernst und schwer, daß man Wochen und Monate darüber hin- und herstreiten würde. Und wenn der ausgeschiedene Bruder zurückkommt, so gibt es weiter kein Fest, wie über einen verlorenen Sohn, sondern das, was eigentlich selbstverständlich ist, ist nur wieder eingetreten: Der, der solange etwas abseits war, ist nun wieder im Verein und zieht wieder mit am gleichen Strang. Denn, so denkt man eben, so unterschiedlich können die Lebensbedingungen gar nicht werden, als daß man nicht den Weg wieder zueinander fände. Ohne die Dinge immer nur grundsätzlich zu werten, sieht man in Groß-Britannien doch weit mehr als bei uns das Allgemeine, die grosse Linie, das Einende, von dem man ja doch nicht weg kommt. Im einzelnen wahr trotzdem jeder sein eigenes Wesen. Jede Gewerkschaft hat ihren eigenen Modus in der Beitragskassierung, in der Abhaltung der Versammlungen, in der Verwaltung der Gelder usw. (wenn auch das typisch Englische in allen Betätigungen der Gewerkschaften wieder zum Ausdruck kommt). Gut englisch oder, wie die Schotten es lieber hören: „britisch“, ist auch die Konferenz des Baugewerksbundes, die alljährlich stattfindet, und die in diesem Jahre vom 26. bis 29. Juni in Norwich, im Südosten Englands, tagte.

Es ist Sitte in England, daß der Lord-Mayor (wir sagen wohl am besten der Bürgermeister) kommt und die Konferenz begrüßt. In Norwich geschah dies unter besonderen Umständen: Der Bürgermeister war selber, wie er ausführte, lange Gewerkschafter gewesen und war es auch noch. Er gab den Anwesenden einen kurzen Abriss der Geschichte der Stadt, wies auf die schöne Umgebung hin, wünschte, wie es so allgemein geschieht, allen Erfolg und — das ist auch nur in England der Fall —, daß man sich auch während der Zeit, während der Kongreßtage, hinreichend „erfreuen“ möge. Es ist dabei aber an kein Festgelage oder Tanzvergügen oder an eine Theatervorstellung gedacht, sondern einfach gemeint, daß man Zeit genug übrigbehalten möge, neben der Tagung sich Stadt und Umgegend mit noch hinlänglicher Frische zu betrachten, es sich darin wohl sein zu lassen, um einen dauernden Eindruck von der Tagung zu behalten. Diesem Wunsche wird die Tagesordnung gerecht. Man ersieht aus ihr, daß die britischen Kollegen am Eröffnungstage außer der Begrüßung durch den Bürgermeister nur die Eröffnungsrede des Präsidenten auf der Tagesordnung haben. Letztere ist im voraus schon gedruckt und liegt allen Teilnehmern vor. Sie wird lediglich abgelesen. Dann ist der Nachmittag frei und das Ortskomitee hat dafür einen Ausflug mit grossen Autos vorgesehen. Das ist fast bei jeder Konferenz so. Diesmal kam zur Ergänzung eine längere Motorbootfahrt hinzu, da viele Wasserläufe und Seen diesem Teile Englands ihr Gepräge geben. An den folgenden Tagen wird dann jeweils vormittags um 10 Uhr angefangen, 12.30 die Sitzung vertagt und um 2 Uhr erneut begonnen, um etwa um 5 Uhr (sehr selten später — Schlußzeiten von 7, 8 oder gar 9 Uhr abends, wie wir sie uns leisten, sind unbekannt!) geschlossen. Am letzten Tage, dem Freitag, wird in der Regel nur bis Mittag gearbeitet, weil alle Arbeiten der Konferenz dann erledigt zu sein pflegen. Trotz dieser anscheinend recht kurzen Tagungszeit wird doch recht viel aufgearbeitet. Zum guten Teil kommt das daher, daß überflüssige Wiederholungen in den Reden ausschneiden, daß die Rededauer nur 5 Minuten beträgt (eine Zeit, die nur in Ausnahmefällen einmal voll ausgenutzt wird), man also zuweilen nur eine Art Frage- und Antwortspiel wahrzunehmen meint, daß man ganz kurze Berichte gibt, über diese selbst dann so gut wie gar nicht diskutiert (weil ja doch schon alles gewesen ist und es wirklich keinen Sinn hat, darüber noch zu reden, meint der Engländer) und weil sich unter den Teilnehmern an der Konferenz viele Angestellte befinden, die natürlich geschult genug sind, das, was sie wollen, in kurzer und doch eindringlicher Form zu sagen. Ausserlich macht also eine solche Konferenz einen sehr ruhigen und entscheidenden Eindruck. Jeder scheint vollauf zu wissen, was er will, aber jeder scheint auch bereit, noch im letzten Augenblick umzulernen; denn einem jedem Redner wird mit der gleichen Aufmerksamkeit zugehört. Sehr groß ist die Zahl der Delegierten allerdings auch nicht. Sie beträgt in der Regel zwischen 60 und 70.

Der Lord-Mayor hat seine Ansprache gehalten und der Präsident seine Eröffnungsrede vorgelesen. Der Vertreter der Bauarbeiter-Internationale, Kollege W. Wolgast, Vorsitzender des Zimmererverbandes, hat die Grüße der Bauarbeiter-Internationale überbracht und die Grüße seines eigenen Verbandes hinzugefügt. Er hat den Delegierten gezeigt, wie wichtig die Mitgliedschaft der englisch sprechenden Kollegen in der BI. ist, da es sich ja nicht nur darum handelt, eine BI. in Europa zu haben und zu unterhalten, sondern daß wir auch die Kollegen in außereuropäischen Ländern gewinnen müßten. Da in diesen Ländern meistens Englisch die Verkehrssprache ist, wären die Kollegen Groß-Britanniens am besten in der Lage, der Ausbreitung der BI. die erforderlichen Dienste zu leisten. Nach ihm hat Kollege Bernhard vom Deutschen Baugewerksbund gesprochen und die Grüße der deutschen Kollegen überbracht und hinzugefügt, daß er die Kollegen Groß-Britanniens gern besucht habe, um vielleicht in diesem Lande alter gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Betätigung doch noch das eine und andere für die Arbeit daheim zu lernen. Dann geht die Konferenz an die Arbeit.

Der deutsche Kollege staunt: Zuerst soll das Protokoll

der letzten Jahresversammlung vorgelesen und genehmigt werden! Ginge das auch bei uns? Hier ist es einfach: Der Sekretär nimmt es zur Hand, liest die einzelnen gefaßten Beschlüsse und so wird in wenigen Minuten das Protokoll erledigt. In gleichem Tempo geht es durch die Protokolle der einzelnen Vorstandssitzungen. Hier und da steht mal einer auf, fragt etwas, wenige Worte werden gewechselt, Antworten gegeben, Zustimmung gegeben und weiter geht es. Die Protokolle des Arbeitsausschusses sind an der Reihe. Sie werden ebenso erledigt. Dann kommt die Erledigung der „Korrespondenz“. Sie ist ein Kapitel, das der Deutsche auf seinen Verbandstagen ebenfalls nicht kennt. Zu diesem Punkte liest der Generalsekretär die Korrespondenzen vor, die besonders wichtig waren, oder eine Stellungnahme der Gewerkschaft bedeuteten, die die Gewerkschaft in bestimmter Weise banden usw. Dazu wird Stellung genommen. Meist ist man mit dem Generalsekretär einverstanden, zuweilen erfährt er aber auch seine Korrekturen, wird ausgefragt, warum dies so und das so gemacht und geschrieben worden sei. Aber viel Zeit wird auch damit nicht vertan. Tatsächlich ist denn auch alles oben genannte in den zwei Stunden der ersten Sitzung erledigt. Dann kommt etwas Knifflisches: Der Kassenbericht. Er nimmt etwas mehr Zeit in Anspruch, aber auch nicht mehr als eine Stunde und ist „durch“.

Der Arbeitsausschuß (eine Art Hilfsvorstand oder kleiner Vorstand) legt einen gedruckten Bericht vor. Aber man muß nicht zu viel davon denken. Er umfaßt nur 6 Oktavseiten, begnügt sich mit allgemeinen Angaben, gibt wenig Zahlenmaterial und dort, wo sie zu finden sind, auch nur stark abgerundet. Er überläßt es dem einzelnen, Fragen zu stellen, wenn er etwas wissen will. Wie viele Mitglieder die einzelnen Gewerkschaften haben und wie viele Mitglieder die Gesamtföderation umfaßt, kann man nirgends ersehen. In der Abrechnung geben die einzelnen Gewerkschaften auch nicht an, für wie viele Mitglieder sie ihren Beitrag zahlen, sondern es steht einfach eine Summe da. Es genügt die Tatsache, daß der Beitrag gezahlt worden ist. Für Statistiken und Zahlenjonglieren sind unsere britischen Kollegen nicht.

13 Anträge auf Satzungsänderung waren eingebracht worden. Sie wurden bis auf zwei zurückgezogen oder abgelehnt. Eine „Satzungskommission“ brauchte demzufolge auch nicht erst in Tätigkeit zu treten. Es gab wenig Für und Wider zu den einzelnen Anträgen. Die beiden angenommenen ändern nicht viel: Der eine sichert den ländlichen Bezirken eine bessere Vertretung in den Bezirks- oder Gauleitungen, und der andere besagt, daß alle Angestellten der Föderation Mitglieder einer angeschlossenen Gewerkschaft sein müssen. Das letztere ist etwas, das bis dahin verschiedentlich nicht so war, nunmehr aber, durch die Rückkehr der Maurer und Steinmetzen in die Föderation ruhig angenommen werden konnte, weil es niemanden mehr wehe tat. Neben den 13 Anträgen auf Satzungsänderung waren 10 sonstige Anträge eingebracht. Wären alle 10 angenommen worden, wären einige weitere Satzungsänderungen notwendig gewesen. Die meisten wurden aber auch hier abgelehnt. Von zweien, die auch für uns von Bedeutung sind, soll kurz die Rede sein: Es war beantragt worden, daß Löhne und Arbeitszeit reichstärklich vereinbart, daß aber die Abkommen über Bezahlung der Ueberarbeit, Sonntagsarbeit, Wegegeld usw. örtlich geregelt werden sollten. Ueber diesen Antrag wurde viel geredet. Von der Leitung der Föderation wurde geltend gemacht, daß, wenn dieser Antrag durchginge, in kurzer Zeit ein Durcheinander eintreten würde, das nicht so leicht wieder zu beiseitigen sei. Von den Antragstellern hingegen wurde behauptet, daß die Regelung dieser wenigen Dinge nicht gefährlich, wohl aber dazu angetan sei, örtlich die Anteilnahme der Kollegen an den Verhandlungen zu beleben. Der Antrag wurde abgelehnt, aber die alte Tradition, Löhne und Arbeitszeit in jedem Orte zu regeln, ist doch nicht tot. Das zeigte seine Diskussion. Der zweite Antrag, der ebenfalls eine ziemlich ausgedehnte Diskussion hervorrief, war der über die Verschmelzung der heute die Föderation bildenden Gewerkschaften zu „the one big union in the building industry“ — „der einen großen Gewerkschaft im Baugewerbe“. Dieser Antrag ist nichts neues. Auch er ist beinahe Tradition. Man muß ihn geschichtlich nur richtig verstehen: Als die Föderation gegründet wurde, war es Kriegsende. Eine Welle der Revolution erfasste auch die Gewerkschaften Groß-Britanniens. Bestrebungen für Schaffung großer Industrieverbände entstanden. Die Blütezeit, die, so kurz sie auch war, dem Kriegsende folgte, den Gewerkschaften zunächst aber in ihren Bestrebungen half, trug dazu bei. Dann kam die Depression, unter der England heute noch leidet, und um die Not einigermaßen abzuwehren, waren abermals die Zusammenschlüsse auf grösserer Basis gut. Löhne und Arbeitszeit wurden zum ersten Male (wenigstens im Baugewerbe) zentral geregelt, ein gleicher Lohn für alle Facharbeiter im Baugewerbe festgesetzt (was im grossen und ganzen ein wesentlicher Fortschritt war), und die Spanne zwischen Facharbeiterlohn und Hilfsarbeiterlohn in ein bestimmtes Verhältnis gebracht. Das alles schaffte die Föderation. So wurde sie anerkannt, teils aus revolutionärem Denken (mag es auch nicht so „prinzipienfest“ sein, wie wir es kennen), teils, weil sie wirklich viel für die Arbeiter leistete. Die hochqualifizierten Facharbeiter besonders, so weit sie knapp waren, waren dabei weniger von diesem Zusammenschluss erbaut; die ändern um so mehr. Die einen haben nun das Bestreben, die Bindung nicht allzu stark werden zu lassen, die ändern den Wunsch, die Bindung so stark zu machen, daß sie nicht mehr zerrissen werden kann: nämlich durch Schaffung einer Industriegewerkschaft, zu der alle Bauarbeiter gehören. Dieser Antrag stand auch diesmal wieder zur Diskussion. Er war von der Bezirksleitung Yorkshire eingebracht. Ein Vertreter der Maler wandte sich gegen diesen Antrag, sagte, es sei doch nicht ehrlich gemeint, solche Anträge einzubringen, und verlangte, man solle die Diskussion über die Industriegewerkschaftsfrage ein für allemal von der Tagesordnung der Jahresversammlungen streichen. Das geschah weniger, weil die Maler sehr stark sind. Sie sind am meisten mit an der Schaffung interessiert; denn ihre Lage ist infolge der vielen Un-

gelernten im Schiffsbau nicht am besten. Ihr Antrag wurde abgelehnt. Prompt kam darauf der Antrag, daß eine Urabstimmung unter den Mitgliedern stattfinden solle, in der sie selbst sagen sollten, wie sie zur Frage der Schaffung einer Industriegewerkschaft stünden. Dieser Antrag wurde angenommen; knapp zwar, aber doch angenommen. Da kam von den Holzarbeitern der Antrag, daß man eine Kommission von 3 Mann einsetzen solle, die bereits die Satzungen usw. zu beraten habe; denn wenn man schon eine Industriegewerkschaft gründe, dann müsse man ganz neu anfangen, und wenn die Urabstimmung eine Mehrheit für die Verschmelzung ergebe, dann müssten der nächsten Jahresversammlung, die sich mit dem Resultat zu beschäftigen habe, auch gleich die Satzungen vorliegen. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Damit scheint alles in bester Ordnung zu sein, aber tatsächlich wird die Verschmelzung durch diese beiden Anträge kaum gefördert werden. Die Urabstimmung wird stattfinden. Sie wird wahrscheinlich eine Mehrheit für die Schaffung der Industriegewerkschaft ergeben; denn dafür dürften die Hilfsarbeiterverbände und die Maler aus wirtschaftlichen Gründen, die Maurer und Steinmetzen aus prinzipiellen (oder soll man sagen aus revolutionären) Gründen stimmen. Das ergibt schon eine Mehrheit. Die nächste Jahresversammlung hätte also die erforderlichen Schritte zur Herbeiführung der Industriegewerkschaft zu treffen. Praktisch wäre in der Tat auch schon vorgearbeitet: Die Kommission aus 3 Mann, die aus einem Holzarbeiter, einem Maler und einem Maurer besteht und an der der Präsident und der General-Sekretär mit beratender Stimme teilnehmen, werden einen Entwurf ausgearbeitet haben. Aber, wenn dieser Entwurf so aussieht, wie von den Holzarbeitern gefordert wurde und wie er auch aussehen muss: Mit der Tradition abgeschlossen und ein auf ganz neuer Grundlage aufgebautes Gewerkschaftsschema, dann wird der Entwurf von den Mitgliedschaften der meisten Gewerkschaften abgelehnt werden; denn nichts wird so wert gehalten wie die liebe Tradition. Es wird den allermeisten schwer fallen, sich von ihrem Kreise zu trennen, die alten Zusammenkünfte aufzugeben und — last but not least — das sauer zusammengetragene Geld (wenigstens im Falle verschiedener vermöglicher Facharbeitergewerkschaften) zur allgemeinen Verfügung zu stellen. So wird die Einheitsgewerkschaft vermutlich gewünscht bleiben, und zwar von den Konferenzen und von den Mitgliedschaften. Die Schwierigkeiten der Praxis werden sich jedesmal hindernd in den Weg stellen. Wahrscheinlich hat der Leiter des Dachdeckerverbandes recht, der unterhaltungsweise meinte: „Warum sollen wir so etwas machen wollen? Wenn es nicht wächst, wird es doch nichts. Wenn die Einheitsgewerkschaft nicht aus den gegenwärtigen Gewerkschaften im Laufe der Zeit von selber erwachsen kann, ist das, was gemacht werden könnte, doch nicht das Richtige.“ Wachsen geht bekanntlich meistens unmerklich langsam vor sich.

Einige weitere Anträge zur Schaffung der Einheitsorganisation, die wollten, daß die Generalsekretäre der einzelnen Gewerkschaften sich zusammensetzen und die Schwierigkeiten sowie ihre Beseitigung erst einmal durchsprechen bzw. feststellen sollten, wurde abgelehnt. Es stimmte nur der Einbringer selbst dafür. Auch ein Antrag, der wollte, daß bis zur Einführung der Einheitsgewerkschaft die entsprechenden Organe der Föderation mit solchen Vollmachten ausgestattet sein sollten, als ob sie bereits die Leitung der Einheitsgewerkschaft seien, wurde verworfen. Der Antrag fand ebenfalls nur wenige Stimmen der Unterstützung, dürfte auch schwer zu verwirklichen gewesen sein. Mit Bezug auf den Bauarbeiter-schutz dürfte noch ein Antrag beachtlich sein, der angenommen wurde und der verlangt, daß versucht werden soll, die Erstellung von Baubuden auf jeder Baustelle auf Grund eines Reichsgesetzes zu verlangen.

Die Verhältnisse, unter denen die Föderation arbeitet, sind nicht glänzend. Die Regierung hat einen Teil der Beihilfen zum Wohnungsbau gestrichen und es sind dadurch gegenwärtig bereits 90 000 Bauarbeiter arbeitslos. Der Präsident, Kollege Barron (Holzarbeiter), stellte das in seiner Eröffnungsansprache fest. Damit sind die Bemühungen der Gewerkschaften, die es übernommen hatten, dem Baugewerbe die zur Behebung der Wohnungsnot notwendigen Kräfte zur Verfügung zu stellen und ihm tatsächlich mindestens 60 000 neue Facharbeiter in wenigen Jahren zugeführt haben, schlecht gelohnt worden. Nicht nur diese 60 000 sind arbeitslos, sondern auch noch weitere 30 000 mit ihnen, obwohl die Wohnungsnot noch nicht behoben ist. Beachtlich ist, daß der Stahlhausneubau eingestellt worden ist. Der Hauptproduzent, die Firma Gebr. Weir, haben der Stadtverwaltung in Glasgow und auch andern Körperschaften den Betrieb zum Kauf angeboten. Es fand sich aber niemand, der das Unternehmen fortzuführen Lust hatte. So hat es seine Tore geschlossen; wie angenommen wird, für immer. Ansehend war es doch nicht möglich, ohne staatliche Beihilfe diesen Hausersatz herzustellen, und zwar in Preis und Qualität den bis dahin gebauten Häusern ebenbürtig.

Der Arbeitsausschuss blieb mit Ausnahme einer Neuwahl bestehen, wie er war; auch Barron blieb Präsident. Die nächste Konferenz soll in Margate, Südengland, stattfinden. H. N.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Fehlende Nummern des „Jung-Zimmermann“ 1927.

Die Nummern 6 und 11 des „Jung-Zimmermann“, Jahrgang 1927, sind bei der Zentrale vollständig vergriffen. Wir nehmen an, daß vielleicht hier oder dort in den Zahlstellen diese Nummern noch vorhanden sind und wären dankbar, wenn uns die überschüssigen Nummern umgehend zugestellt würden. Wir wären dann in der Lage, noch eine Anzahl „Jung-Zimmermann“ 1927 binden zu lassen.

Wir bitten die Zahlstellen, sofern sie dazu in der Lage sind, dieser Aufforderung so schnell als möglich nachzukommen. Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Ueber die Lehrlingshaltung in Sachsen haben auf Grund des Reichstarifertrages wiederholt Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden; bisher allerdings ohne Erfolg. Nun bestehen im Freistaat Sachsen seit einiger Zeit Bestimmungen über die Lehrlingshaltung im Baugewerbe, die von den Gewerkekammern aufgestellt worden sind. Diese sind wert, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Es heißt darin: „In jedem Betriebe des Maurerhandwerks darf bis zu 4000 im Durchschnitt der letzten 3 Jahre von Maurergefellen geleisteten Arbeitstagen auf je 200 Arbeitstage (gleich einem Gesellen) ein Lehrling, bei mehr als 4000 Arbeitstagen im Durchschnitt auf je 400 Arbeitstage (gleich zwei Gesellen) ein Lehrling gehalten werden.“

Auf das Zimmererhandwerk findet diese Regelung sinngemäß Anwendung. Die Bestimmung gilt bis zum 31. März 1930. Die Gewerkekammer kann Ausnahmen von ihr zulassen.“

Wenn man diese Richtlinien in das richtige Deutlich überseht, dann bedeutet sie, daß Betriebe bis zu 20 Gesellen das Recht haben, auch für jeden Gesellen einen Lehrling zu halten. Betriebe mit über 20 Gesellen würden für den überschließenden Teil auf je 2 Gesellen einen weiteren Lehrling halten können. Diese Richtlinien für das Baugewerbe durchgeführt, würden eine Lehrlingszuchterei zur Folge haben, die kein vernünftiger Mensch verantworten kann, und bei der auch von einer Ausbildung der Lehrlinge abgesehen nicht die Rede ist. Wenn die Unternehmer des Baugewerbes in Sachsen der Meinung sein sollten, daß diese Richtlinien auch eine Verhandlungsbasis für die Lehrlingshaltung im Baugewerbe abgeben könnten, dann befinden sie sich in einem großen Irrtum. In künftigen Verhandlungen müssen sie sich deshalb die von der Gewerkekammer aufgestellten Richtlinien aus dem Kopfe schlagen.

Um den Achtfundentag im Baugewerbe in Württemberg. Das Württembergische Wirtschaftsministerium hat dem Verlangen der Unternehmer auf eine Verlängerung der Arbeitszeit für das Baugewerbe in den Sommermonaten insoweit entsprochen, als es eine längere Arbeitszeit für das Tiefbaugewerbe zugelassen hat. Wegen dieser Angelegenheit hatte ein Vertreter der Arbeiter im Württembergischen Landtag eine kleine Anfrage gestellt. Daraufhin hat die Regierung eine Antwort erteilt, in der sie sich auf den gleichen Standpunkt stellt wie das Wirtschaftsministerium und die Verlängerung der Arbeitszeit für das Tiefbaugewerbe für berechtigt hält. Die Württembergische Regierung hatte sich in dieser Frage auch an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland gewandt, der merkwürdigerweise den gleichen Standpunkt eingenommen hat wie das Wirtschaftsministerium. Der Präsident des Landesarbeitsamtes hatte außerdem noch der Meinung Ausdruck gegeben, daß durch eine längere Arbeitszeit im Tiefbaugewerbe die Zahl der Arbeitslosen eine Vermehrung nicht erfahre. Er halte dafür, daß bei neunfünftägiger Arbeitszeit die Bauzeit entsprechend verkürzt und die Durchführung des Bauwesens wirtschaftlicher und eine Verbilligung der Bauarbeiten bewirkt würde.

Die Stellungnahme der Württembergischen Regierung hat in Bauarbeiterkreisen große Empörung ausgelöst. Die Bauarbeiter halten die zugestandene Verlängerung der Arbeitszeit für durchaus unberechtigt und sie sind auch durchaus nicht der Meinung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes. Alle vier am Reichstarifertrag für das Baugewerbe beteiligten Arbeiterverbände haben in einer gemeinsamen Kundgebung die baugewerblichen Arbeiter aufgefordert, trotz der Anordnung des Wirtschaftsministeriums und trotz der Stellung der Württembergischen Regierung an dem Achtfundentag festzuhalten und alle Versuche auf eine Arbeitszeitverlängerung geschlossen abzulehnen. Auch wir halten diesen Weg für den einzigen, der unvernünftige Anordnungen korrigieren kann.

Berichte aus den Zahlstellen.

Afcherleben. In der am 29. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach der Gauleiter, Kamerad Schmidt, Magdeburg, über das Bau- und Platzdelegiertenwesen. Kamerad Schmidt wies besonders auf die Entstehung und den Zweck dieser zum Segen der Arbeiterchaft sich auswirkenden sozialen Einrichtung hin, die in allen Betrieben reiflos durchgeführt werden müsse; auch dem Bauarbeiter schuf müsse größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die anwesenden Kameraden folgten den Ausführungen des Kameraden Schmidt auch über das Lehrlingswesen und die Werbearbeit mit großem Interesse. Ebenfalls müsse die Bücherkontrolle regelmäßig vorgenommen werden. In seinem Schlußwort erwähnte Kamerad Schmidt die anwesenden Jungkameraden, sich in einer Jugendgruppe zusammenzuschließen, um zu künftigen Gewerkschaften heranzureifen zu können. Auch die nächste Jugendleiterkonferenz müsse von unserer Zahlstelle beaufsichtigt werden. Der Redner erteilte für seine Ausführungen reichen Beifall. Alsdann verlas der Vorsitzende den Beschluß der Schlichtungskommission über die Arbeitszeit, der durchaus nicht befriedigte. Zu diesem Beschluß soll in einer außerordentlichen Versammlung Stellung genommen werden. Zum Schluß wurde auf das am 29. Juli stattfindende Gewerkschaftsfest hingewiesen, an dem sich alle Kameraden beteiligen sollen.

Braunschweig. Die am 7. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung wies eine reichhaltige Tagesordnung auf. Dem Arbeiter-Samariterbund wurden zu seiner behördlich genehmigten Sammlung 50 M bewilligt. Da auf vielseitigen Wunsch der Kameraden ein Vergnügen stattfinden soll, wurde ein Vorschlag des Vorstandes genehmigt, der besagt: Am 28. Juli soll ein Ausflug mit Musik von hier (Augusttor) nach dem Wehhaus in Kleinstückheim gemacht werden. Dort findet eine Jubiläums- und Familienfeier statt. Der Eintritt unserer Kameraden mit Frau ist frei. Es soll jedem möglich sein, sich an dieser Feier zu beteiligen. Besonders sollen die Jubiläums- und invaliden Kameraden berücksichtigt werden. Darum Kameraden, erscheint Mann für Mann. Der Ausflug ist auf einem Sonnabend. Ferner folgte die Versammlung einer Einladung der Zahlstelle Hannover zum 5. August zur Fahnenweihe. Den Kameraden, die mit nach dort wollen, wird das

Fahrtgeld zurückerstattet. Meldungen hierzu müssen bis zum 22. Juli beim Vorsitzenden, Robert Kühn, Ruffbergstraße 6, eingereicht sein. Zur Jugendfahrt vom 1. bis 3. September nach Hamburg müssen ebenfalls die Meldungen bis zum 22. Juli erfolgt sein. Ein Entrüstungsturm entstand bei dem Bericht über die Streitsache „Rammzulage“ bei der Firma Heine. Dieser Firma ist es gelungen, einen in unserer Zahlstelle nicht unbekanntem Funktionär unseres Verbandes, den Kameraden Emil Matthias, als Zeugen gegen seinen eigenen Verband und gegen seine eigenen Kameraden auftreten zu lassen, und zwar bei einer Schlichtungskommissionstagung. Die Versammlung faßte gegen eine Stimme den Beschluß, das Verhalten des Kameraden Matthias sei so beschämend, daß ihm die schärfste Rüge ausgesprochen werden müsse; für 2 Jahre darf er im Verbandsamt nicht bekleiden. Dieser Beschluß soll dem Kameraden schriftlich übermittelt werden. Zum Schluß hielt ein Beauftragter der Volksfürsorge einen kurzen Vortrag über den Nutzen der Volksfürsorge. Den Kameraden, die eine Versicherung eingehen wollen, kann nur geraten werden, dieses bei der Volksfürsorge, unsern eigenen Unternehmen, zu tun. Ernste Aufmerksamkeit erwarten Vorstand und Ausschußmitglieder der Krankenkasse für ihre bisherige Tätigkeit, indem sie die Mitglieder vor Unannehmlichkeiten und Schaden bewahren. Kameraden erscheint regelmäßig zu den Versammlungen und helfe mit, die vorhandenen sozialen Einrichtungen zum Nutzen der Arbeiterchaft auszubauen.

Im Bezirk Meine fand am 8. Juli unsere Mitgliederversammlung statt. Kamerad Kühn hielt einen Vortrag über Bauarbeiter-schutz und Bautenkontrolle. An Hand verschiedener Beispiele schilderte er die großen Gefahren, die uns ständig drohen; er kam zu der Forderung, Bautenkontrolleure aus unsern eigenen Bauarbeiterkreisen heranzubilden und von den Behörden die Anstellung solcher zu verlangen. Die Streitsachen mit der Firma Albrecht sind erledigt. Zur Werbearbeit in unserm Bezirk erhielten die Kameraden gedrucktes Material. Auch die unter Braunschweig angeführten Angelegenheiten wurden wie oben besprochen. Mit dem Wunsche nach neuer Kräftesammlung für den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Bremen. Am 27. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurden die verstorbenen Kameraden Caspar Boshen, August Oltmann und Heinrich Förster, letzterer durch Freitod aus dem Leben geschieden, in üblicher Weise geehrt. Auf der Tagesordnung standen wichtige Organisationsfragen, unter anderem Anschluß der umliegenden Zahlstellen an die Zahlstelle Bremen. Der Vorsitzende gab die aus der Mitgliederkartei entnommenen Mitgliederzahlen bekannt. Im ganzen Gebiet sind noch 294 unorganisierte Zimmerer aus den kleineren Zahlstellen vorhanden. Um diese zu organisieren, ist es notwendig, daß sich die kleineren Zahlstellen mit Bremen zusammenschließen. Der Zahlstellenvorstand hat im Einverständnis mit der Gauleitung am 20. Juni zunächst mit der Zahlstelle Delmenhorst in einer Versammlung zwecks Anschluß an Bremen Fühlung genommen. Delmenhorst gehört zum Bremer Lohngebiet; 60 % der Mitglieder arbeiten in Bremen. Auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden von der Zahlstelle Bremen geregelt. Die Zahlstelle Delmenhorst erhebt dieselben Lokalbeiträge als Bremen und ist infolgedessen in der Lage, ihren Mitgliedern Vergünstigungen zu gewähren. Hinzu kommt noch das Umschauverbot der Zahlstelle Bremen, das wegen der regelrechten Vermittlung beim Arbeitsnachweis nicht aufgehoben werden kann. Grundsätzlich seien die Mitglieder von Delmenhorst für den Zusammenschluß. Mit den übrigen kleineren Zahlstellen soll am Sonntag, 8. Juli, eine Konferenz stattfinden. Die Versammlung ist mit dem vom Zahlstellenvorstand eingeleiteten Vorarbeiten einverstanden und stimmte einstimmig folgender Resolution zu: „Die am 27. Juni 1928 stattgefundenen Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Bremen, billigt das Vorgehen des Zentralvorstandes in der Frage des Zusammenschlusses der umliegenden Zahlstellen mit Bremen, sie ermächtigt den Vorstand zu weiteren Schritten zur Erreichung dieses Zieles im Interesse der gesamten Organisation.“

Sonntag, den 8. Juli, vormittags 10 Uhr, fand im neuen Volkshaus eine Konferenz folgender Zahlstellen statt: Berne, Wildeshausen, Harpstedt, Barnsdorf, Sulingen, Verden, Rothenburg und Bassum. Der Vorsitzende Casper wies einleitend auf die in der Nachkriegszeit neu entstandenen Gesetzesverordnungen hin, durch die in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht den Gewerkschaften mehr Arbeit obliegt, zum Beispiel das Betriebsrätegesetz, Arbeitsgerichtsgesetz, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeitnotgesetz, Bauarbeiter-schutz, Schlichtungsordnung, usw. Die größeren Zahlstellen haben hauptsächlich über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu wachen. Aus allen diesen neu hinzugekommenen Verpflichtungen hat sich der Bremer Zahlstellenvorstand an oben genannten Zahlstellen zwecks Anschluß an Bremen gewandt. Der Gauleiter Steffen schilderte die Verhältnisse der kleinen Zahlstellen; diese könnten den Anforderungen, die an die Zahlstellen gestellt werden, nicht so entsprechen, als die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen es notwendig machen. Sie seien auch nicht in der Lage, die sich ergebenden Differenzen abzustellen, weil der Vorstand der kleinen Zahlstellen in Arbeit steht. Nach Feierabend läßt sich das nicht machen. Die Agitation in den kleinen Zahlstellen ist nicht so entfaltet worden, wie es notwendig war. Im ganzen Gebiet sind 1638 organisierte und 294 unorganisierte Zimmerer beschäftigt. In einigen Zahlstellen werden gar keine Versammlungen abgehalten und die tariflich vereinbarten Löhne nicht gezahlt. In der Zahlstelle Harpstedt wurde noch 10 Stunden gearbeitet. Die Vertreter der Zahlstellen haben die Notwendigkeit des Zusammenschlusses ein. Am Schluß der Aussprache betonte Kamerad Casper, daß ein Zwang auf die Zahlstellen nicht ausgeübt würde. Die Mitglieder müßten von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses überzeugt sein. Die Zahlstellen sollen Versammlungen einberufen, um entsprechende Beschlüsse zu fassen. Die einzelnen Bezirke behalten ihre Rechte. Unter Verbandsangelegenheiten forderte Kamerad Steffen, daß die zukünftigen Erhebungen auch richtig durchgeführt werden. Es werden Platzlisten an die Zahlstellen verfaßt, um die

Unternehmerkarthofek zu vervollständigen. Auch die Zahl der Gesellen und Lehrlinge muß angegeben werden, und zwar im Laufe des Monats Juli.

Leign. h. Am 20. Juni fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Volkshaus statt. Kamerad Köbe erstattete zunächst den Bericht vom Ortsausschuß, der sich mit der Abrechnung der Maifeier, dem Fahrradverkauf der Lindkarwerke und mit den Vorschlägen von Vertretern zum Bezirksarbeitsamt befaßte. Ueber den letzten Punkt setzte eine scharfe Kritik ein mit der Begründung, daß zu diesem Ausschuß Vertreter aus der arbeitenden Klasse zu wählen seien und nicht, wie es hier wieder der Fall ist, daß sich willkürlich Angestellte hineindrängen. Der Vorsitzende erklärte sich bereit, die Angelegenheit zu prüfen und im gegebenen Fall dagegen zu protestieren. Hierauf erhielt Genosse Späte das Wort zu seinem Vortrag über die Arbeiterbank. Er streifte zunächst die Beweggründe zur Gründung der Bank. Im weiteren führte Redner den Zweck und den Wert der Bank an Hand von Zahlenmaterial vor Augen und zeigte, welche Stellung sie im Wirtschaftsleben und im Kapitalbildungsprozeß einnimmt. Sämtliche Gelder, die in dieser Bank zusammenfließen, werden dem reaktionären Bankkapital entzogen und zur Gründung von neuen Konjunktionsgesellschaften, Siedlungsgenossenschaften und Bauhüttenbetrieben und für Arbeitskämpfe verwandt. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen und ermahnte die Mitglieder, diese Einrichtung als Sparkasse zu unterstützen. Im Punkt Verschiedenes brachte Kamerad Jöbel ein Schreiben der Zentral-Krankenkasse zur Kenntnis, das zum Beitritt auffordert. Der Vorsitzende machte einen Vorschlag des Vorstandes geltend, wonach ein Ausschuß damit betraut werden soll, die Positionen der hiesigen Ortskrankenkasse und der Zentral-Krankenkasse zu prüfen und der Versammlung zu unterbreiten. In diesen Ausschuß wurden die Kameraden Klein, Jöbel, Kiesling und Hermes gewählt. Die Angelegenheit Prasse zur Stellung der Zentral-Krankenkasse wurde ausführlich besprochen. Des weiteren kam die Kinderfestfrage zur Debatte, wozu noch fünf Mitglieder ins Komitee gewählt wurden. Ferner wurde Kritik geübt an der Einziehung des obligatorischen Pflichtbeitrages und zur regen Beteiligung am Kinderfest ermahnt. Der Vorsitzende gedachte hierauf in warmen Worten des Hinscheidens des langjährigen und braven Kameraden Frieße aus Prinkendorf. Zur Ehrung des Verstorbenen erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. Kamerad Kiesling übte Kritik an der Saumlässigkeit der Zentrale in bezug auf die Ehrenpläne, die immer noch nicht zum Versand gekommen seien. Die Versammlung erwartet in dieser Frage schnellste Berücksichtigung. Ferner wurde die Besichtigung der Verbandskammer angesprochen, die aus den Reihen der arbeitenden Kameraden kommen müsse, um die internsten Fragen, die uns interessieren, zu verfechten, die von den Angestellten, die in den meisten Fällen noch delegiert werden, nicht so intensiv behandelt werden. Kamerad Klein übermittelte noch verschiedene Verbesserungen in den Leistungen der Ortskrankenkasse. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Marktreidwiz. Am 29. Juni fand in Marktreidwiz eine Werbeversammlung statt. Kamerad Sauter von der Gauleitung Nürnberg referierte über „Die Bedeutung der Gewerkschaften“. Anwesend waren 20 Zimmerer. Die schon bestehende Zahlstelle zählte bis jetzt 13 Mitglieder. Am Schlusse des Vortrages fand eine rege Aussprache unter den anwesenden Kameraden statt. Das Ergebnis war, daß 7 unorganisierte Kameraden ihre Aufnahme in den Verband beantragten. Durch die Samstag und Sonntag intensiver einfließende Hausagitation in der näheren Umgebung unter Mitwirkung eines Kameraden unserer Zahlstelle machten wir weitere 16 Neuaufnahmen, so daß wir heute in Marktreidwiz die erfreuliche Mitgliederzahl von 36 Kameraden buchen können. Dieser Mitgliederzuwachs ist sehr erfreulich und das Organisationsverhältnis außerordentlich gut. Kameraden, wir dürfen aber deshalb nicht auf unsern Lorbeeren ausruhen. Immer und immer wieder müssen wir dem Verband neue Mitglieder zuführen. Nicht nur unter den Gesellen muß rege Agitation entfaltet werden, sondern auch unserer Jungkameraden müssen wir uns mehr als je annehmen. Lernen wir endlich verstehen: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft!“ Beschleunigen wir den Aufstieg unseres Verbandes. Der Arbeiterschaft harren große Aufgaben. Sie hat sich nicht nur energisch der Bestrebungen des Unternehmertums auf Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, verschärfte Ausbeutung, zu erwehren, ihr obliegt auch die weit höhere Pflicht, den Weg bereiten zu helfen, der aus der kapitalistischen Profitwirtschaft zur Gemeinwirtschaft führt. Um diese Aufgabe zu erfüllen, sind allerdings starke Gewerkschaften nötig. Darum Kameraden, die ihr den Weg zur Organisation gefunden habt, bewahrt Eurer Organisation unverbrüchliche Treue. Je stärker dieses Fundament angelegt, je stärker es befestigt wird, desto größer ist die Gewähr für ein erfolgreiches Wirken. Wie sagte doch einer unserer großen Führer: „Nur Einigkeit führt zum Ziele! Die Befreiung der Arbeiterklasse wird und kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“ Deshalb Kameraden, reicht Euch alle die Bruderhand!

Wittenberg. Am 13. Juli fand unsere Monatsversammlung statt. Die Tagesordnung wurde von der Versammlung genehmigt. Kamerad Richter gab den Kartellbericht. Er führte unter anderm an, daß vom 1. Juli an allwöchentlich pro Mitglied 5 M für das Gewerkschaftshaus (Baufonds) zu zahlen sei. Die Beisitzer zum Arbeitsgericht sind neu gewählt worden. Der Jugendleiter, Kamerad Wuff, Lehmann jun., fährt zur nächsten Gaujugendkonferenz nach Wernigerode. Der Vorsitzende führte an, daß in der Jugendarbeit noch viel zu leisten sei. Ein Antrag an den Zentralvorstand sowie eine Entschließung waren Gegenstand längerer Erörterungen. Die Erledigung örtlicher Angelegenheiten bildete den Schluß der Versammlung.

Paffau. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 24. Juni im Gewerkschaftshaus. Vorsitzender Kamerad Schabl begrüßte die Anwesenden, besonders den Kameraden Schönamsgruber aus München, und erteilte zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung, „Die Gewerkschaften und ihre Tarifverträge im Baugewerbe“, „Die Folgen untertarif-

licher Entlohnung“, dem Kameraden Schönamsgruber das Wort. Redner bewies an Hand von Beispielen, Statistiken usw., wie besonders Tariffragen Nachfragen sind, und wie dabei eine ganze Reihe von Faktoren eine Rolle spielen, in erster Linie die Entwicklung und der Stand der Organisation. Er zeigte auch die großen Schwierigkeiten auf, die den Gewerkschaften vor dem Kriege bereitet wurden. Damals herrschte noch die Ansicht: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. Der Inhalt eines Tarifvertrages richtete sich nach der Stärke der sich gegenüberstehenden Parteien. Darum hinein in die Organisation und einen Schutzwall gebildet gegen die Arbeitgeber und ihre christlichen Trabanten, die auch den Behörden Hilfe leisteten. Wenn heute weniger Tarifverträge als früher bestehen, so ist dies nicht Rück-, sondern Fortschritt, denn heute stehen mehr als fünfmal soviel Arbeiter unter den wenigeren Tarifen infolge des Abschlusses von Bezirks-, Reichs- und Landesarifverträgen. Eine genaue Behandlung der bestehenden Tarife machte den Vortrag sehr interessant. Der Referent ging außerdem auf die Ferien, die Polierfrage, Ortsklasseneinteilung, Zulagenfrage usw. ein, was selbstverständlich das größte Interesse der Mitglieder wachrief. Ein Eingehen auf den Punkt 2 der Tagesordnung ergab sich bei seinem innigen Zusammenhang zu Punkt 1 von selbst. Hier konnte er mit zahlreichen Belegen nachweisen, welcher enorme Schaden den Arbeitern nicht nur durch die Unternehmer, sondern viel mehr noch durch die Indifferenten und Unorganisierten erwächst. Aufgabe jedes Kameraden müsse es sein, dafür zu sorgen, daß überall Bau- und Platzbelegierte vorhanden seien, die über die Interessen der Zimmerer wachen. Redner führte aus, welche Bedingungen an einen Delegierten gestellt und welche Formalitäten bei der Wahl beachtet werden müßten. Eine Kontrolle auf den Baustellen sei sehr wichtig. Lehrt die außenstehenden und andersorganisierten Zimmerer kameradschaftliche Mitarbeit, dann können auch wir die Früchte einer Geschlossenheit ernten, die uns nur verlorengeben, weil viele noch nicht wissen, wie man sich stark machen kann. Hier geben uns die Unternehmer ein gutes Beispiel, indem sie sich in Kartellen, Trusts, Syndikaten, Ringen usw. zusammenschließen. An reichem Zahlenmaterial zeigte Redner, wie stark der Arbeiter in seiner Organisation ist. Kein Zimmerer solle veräumen, den „Zimmerer“ Nr. 25, 1928, zu lesen, der den Bericht von der Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter enthält. Er gebe ein Bild über den Stand des Verbandes und die Frühjahrslöhnerverhandlungen und außerdem lehrreiche Hinweise für die Werbetätigkeit im Jahre 1928. Kamerad Schabl dankte dem Referenten für die trefflichen Ausführungen. Zu Punkt 3 der Tagesordnung, Anträge und Verschiedenes, fand eine lebhaft ausgeführte Aussprache statt. Zunächst wurde wieder der Fachlehrekursus Krefz besprochen und festgestellt, daß 31 Teilnehmer gemeldet sind. Kamerad Schinkinger ließ die Einzeichnungsliste ergänzen und gab nochmals Aufklärung über die Höhe des zu zahlenden Kursgeldes. Zur Ermöglichung der Sammlung von Geld wurde ein Sparbuch angelegt. Die Kameraden Krottenhaller und Schabl unterstützten die Einladung zur Kurssteilnahme und rieten zum Einlegen von Geldern, solange die Mitglieder in Arbeit stehen. Der aufzubringende Gesamtbetrag ist 1150 M . Kamerad Schinkinger gab den Kassierern und Vertrauensleuten nochmals Aufklärung über Aufnahmegebühren bei Mitgliedern, die noch nicht dem Verband angehört haben oder ihm bereits angehört hatten, und Lehrlingen. Besondere Beachtung mußte jenen zugewendet werden, die sozusagen periodenweise in den Verband ein- und wieder aus ihm austreten. Zur Verlesung kam sodann eine Einladung zum 25. Stiftungsfest der Zahlstelle Landeshut. Es wurde beschlossen, möglichst zahlreich daran teilzunehmen. Um dies zu ermöglichen, wurde eine Sammlung unter den Mitgliedern beantragt, wobei jedes Mitglied 20 M zu entrichten hat, damit die Bahnfahrt für arbeitslose Mitglieder gedeckt werden kann. Hierauf wurde die Wanderung der Jugendabteilung auf den Dreifessel, die am 15. Juli stattfindet, besprochen. Für rege Beteiligung auch der älteren Kameraden soll Sorge getragen werden. Kamerad Schinkinger teilte mit, daß am 29. Juli in Passau eine allgemeine Krankenkassenversammlung stattfindet. Jedes Mitglied, das sein Mitgliedbuch noch nicht unterzeichnet hat, könne dies bei Gelegenheit tun. Auch auf die am 8. Juli stattfindende Bauarbeiterschuttkonferenz wurde hingewiesen. Weiter wurde mitgeteilt, daß bis spätestens 1. Juli die Wahl zum Verwaltungsausschuß bei den Arbeitsämtern zu erfolgen habe. Ueber die Bewerbungen fand eine längere Aussprache statt. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf den Reichsarbeiterportag aufmerksam, zu dem die Mitglieder zahlreich erscheinen möchten.

Baugewerbliches.

Bauarbeiterschuttkonferenz in Oldenburg. Am 1. Juli tagte in Oldenburg eine Konferenz der Bauarbeiterschuttkommissionen des Freistaates Oldenburg. Zu dieser Konferenz waren auch das Ministerium der sozialen Fürsorge und der Stadtmagistrat der Stadt Oldenburg geladen. Erschienen waren von der Stadt Oldenburg Oberbürgermeister Dr. Goerlich. Das Ministerium der sozialen Fürsorge hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftsbericht der Landeskommission. 2. Bericht der örtlichen Bauarbeiterschuttkommissionen. 3. Die Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften im Baugewerbe und unsere nächsten Aufgaben zur Verbesserung des Bauarbeiterschuttes. Referent R. Sachs, Berlin. 4. Anträge. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurden der erste und der zweite Punkt zusammen behandelt. Zunächst gab Kollege Lankeau den Bericht der Landeskommission. Er betonte, daß trotz aller Bemühungen nicht einmal die kargen Bestimmungen des Bauarbeiterschuttes beachtet würden. Sehr zu bedauern sei, daß im Freistaat Oldenburg keine polizeilichen Bauarbeiterschuttschriften beständen, wie zum Beispiel in Preußen. Auch seien keine aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Baukontrolleure vorhanden. Man habe sich diesbezüglich wiederholt an das Ministerium der sozialen Fürsorge gewandt, aber alle Versuche, für den Bauarbeiterschutts Verbesserungen zu bekommen, seien fehl-

geschlagen. In der Provinz Hannover sei in jedem Regierungsbezirk mindestens ein Baukontrolleur vorhanden, der aus der Arbeiterschaft hervorgegangen sei. Zum mindesten müßten den Mitgliedern der Bauarbeiterschuttkommissionen in den einzelnen Städten seitens der Behörde Ausweise ausgestellt werden, die zwecks Kontrolle auf Einhaltung der Schuttbestimmungen zum Betreten der vorhandenen Baustellen berechtigen, wie zum Beispiel Osnabrück das eingeführt habe. Er forderte zum Schluß schärfere Kontrolle durch die Bauarbeiterschuttkommissionen und Veröffentlichung aller Mißstände durch die Presse und Weiterleitung an die zuständigen behördlichen Instanzen. Oberbürgermeister Dr. Goerlich führte aus, er habe volles Verständnis für genügenden Bauarbeiterschutts und versprach Nachprüfung der vorgelegten Beschwerden. Wegen Ausstellung von Ausweisen für die Mitglieder der Bauarbeiterschuttkommissionen wolle er mit Osnabrück in Verbindung treten, um möglichst die dort getroffenen Anordnungen auch in Oldenburg zur Anwendung zu bringen. Sachs, Berlin, begrüßte es, daß Oberbürgermeister Dr. Goerlich sich dafür einsetzen wolle, den Mitgliedern der Bauarbeiterschuttkommissionen das Recht zu geben zur Befragung der Baustellen zwecks Kontrolle der Bauten auf Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften, es müsse aber auch die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen erfolgen. Bei Vergebung von Arbeiten durch die Stadt sei zu prüfen, ob der betreffende Unternehmer auch gewillt sei, die Bauarbeiterschuttsbestimmungen zu beachten.

Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergab, daß aus 8 Orten 44 Vertreter anwesend waren, und zwar je 1 Vertreter vom ADGB, Berlin, und vom Ortsausschuß des ADGB, Oldenburg, 6 Vertreter der Landeskommission aus Bremen, aus Oldenburg 19, aus Wilhelmshaven 10, aus Varel, Nordenham und Delmenhorst je 2 und aus Brake 1 Vertreter. Auf die einzelnen Organisationen verteilt ergab sich folgendes Bild: ADGB, 2, Baugewerksbund 19, Zimmerer 9, Holzarbeiter 5, Maler 3, Metallarbeiter 3, Dachdecker 2, Steinarbeiter 1 Vertreter.

In der Nachmittagsitzung referierte Kollege Sachs, Berlin, über das Thema: „Die Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften im Baugewerbe und unsere nächsten Aufgaben zur Verbesserung des Bauarbeiterschuttes.“ Aus den Ausführungen ist besonders hervorzuheben, daß die Bauarbeiter seit zehn Jahren und länger bestrebt sind, einheitliche Bauarbeiterschuttsbestimmungen zu erhalten. 18 Länderregierungen im Deutschen Reich, mit Ausnahme von Oldenburg, haben heute Schuttbestimmungen. Es liegt ein Entwurf vor, der aber sehr dehnbar sei, und leider würde dieser nicht vor dem Herbst 1929 in Kraft treten. Aufgabe der Gewerkschaften müsse es sein, zu versuchen, durch ihre Mitwirkung diesem Entwurf noch die vorhandenen Mängel auszugleichen. Es müsse durchgeführt werden, daß den Baudelegierten das neue Gesetz, wenn nicht in seinem vollen Umfang, mindestens aber auszugswise zugestimmt werde. Aber notwendig sei auch, daß die Arbeiterschaft selbst sich intensiv mit dem neuen Gesetz beschäftige.

Die meisten gestellten Anträge hatten schon durch die Tagesordnung ihre Erledigung gefunden. Ein weiterer Antrag, der verlangte, daß zweimal im Jahr zu einer bestimmten Zeit die Baukontrolle vorgenommen werden müsse, fand einstimmige Annahme. Die Kontrolle soll im Frühjahr in der zweiten April- und ersten Maihälfte und im Herbst in der zweiten Oktober- und ersten Novemberhälfte vorgenommen werden. Es sollen von der Zentrale für Bauarbeiterschutts einheitliche Fragebogen hergestellt werden, die bei der Landeskommission (Bezirksleitung des Baugewerksbundes) anzufordern sind.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Kongreß der österreichischen Gewerkschaften. Was dem in der zweiten Junihälfte in Wien abgehaltenen zehnten Kongreß der österreichischen Gewerkschaften seine Bedeutung verleiht, sind drei wertvolle Beschlüsse, die auch über Österreich hinaus Interesse und Bedeutung besitzen. So wurde vor allem wie in Deutschland und andern Ländern ein Bund der freien Gewerkschaften geschaffen. Das diesbezügliche Statut und ein zweites für Landesgruppen wurde sogar ohne weitere Aussprache beschlossen. Wisper bestand, und zwar seit 34 Jahren, eine Gewerkschaftskommission als lose Zusammenfassung von derzeit 52 Organisationen. In dieser Spitzenorganisation waren alle freien Gewerkschaften, sowohl jene der Arbeiter, wie jene der Angestellten und Beamten vereinigt. Nun wird der neue Bund alle Kräfte umspannen; er bekommt weitgehende Machtvollkommenheiten und auch vermehrte materielle Mittel. Sein Wirkungskreis ist im allgemeinen dem unseres ADGB gleich.

Die andere bedeutsame Leistung des Kongresses muß darin erblickt werden, daß er das Problem der Industriegruppenorganisation gründlich erörterte. Zwar gelang es nicht, eine Lösung zu finden, aber eine vom Kongreß angenommene Entschließung betont ausdrücklich die Pflicht der Verbände, den Erfordernissen der Zeit Rechnung zu tragen.

Die dritte anerkanntswürdige Tat des Kongresses lag darin, daß er sich eingehend mit der Frage der Rationalisierung und vornehmlich deren Auswirkungen beschäftigte. Ein Referat mit interessanten Beispielen aus der Praxis und eine sachkundige Debatte hierüber bewiesen, wie sehr die Arbeiter und Angestellten diese Angelegenheit wärdigen und einschätzen. Eine Entschließung besagt in bezug auf Verhaltungsmaßregeln und Forderungen, es müsse angestrebt werden:

1. Mitwirkung der Betriebsräte und der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen bei geplanten Rationalisierungsmaßnahmen; 2. Erhöhung der Löhne und Verdienste unter Berücksichtigung der erhöhten Erzeugung mit gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der gesteigerten Inanspruchnahme der Arbeitskraft; 3. Kollektivvertragsmäßige Festsetzung der Tourenzahl des laufenden Bandes und der zugeordneten Maschinen; 4. Staatliche Institute, die unter Mitwirkung der von den Unternehmern unabhängigen Gewerkschaften die Ermüdungserscheinungen und gesundheitlichen Folgen der ununterbrochenen raschen und einkönigen

Arbeitsleistung feststellen; 5. Maßnahmen zur Verhinderung von gesundheitlichen Folgen einer Arbeitsleistung.

Ein geistvolles Referat von Dr. Otto Bauer behandelte die wirtschaftliche und sozialpolitische Lage des Landes. Ein nicht minder interessantes Referat von Anna Boschek hatte die Frauenarbeit zum Gegenstand.

Von den sonstigen durch Antragstellung bewirkten Beschlüssen des Kongresses, die spezielle Angelegenheiten betrafen, mögen einige genannt sein. So hat der Kongress dagegen Stellung genommen, daß die sozialpolitischen Schutzgesetze im Burgenland nur zum Teil Geltung besitzen.

Heben wir noch hervor, daß die Beratungen des Kongresses mit größtem Ernst und anerkannter Einnützigkeit geführt wurden, daß in dem Ganzen eine Art Ausschöpfung und Entschlossenheit, eine Kampfstimmung gegenüber einem herausforderndem Unternehmertum lag — was in der debattelosen Annahme der verschiedenen Geschäftsberichte und in der einstimmigen Wahl der Bundesleitung zum Ausdruck kam — so haben wir damit den österreichischen Kongress in seiner Wesensart gekennzeichnet.

Die Entwicklung der schweizerischen Gewerkschaften. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Schweiz hatten insgesamt Ende 1927 247 414 Mitglieder. Davon gehörten 165 692 oder 67 % zu dem schweizerischen Gewerkschaftsbund (freie Gewerkschaften), 48 952 oder 19,7 % zur Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände, zum Förderativverband des eidgenössischen Personals 11 092 oder 4,5 %, zum Christlich-nationalen Gewerkschaftsbund 14 037 = 5,7 % zum Verband Evangelischer Arbeiter und Angestellten 6233 = 2,5 % und Landesverband freier schweizerischer Arbeiter und Angestellten 1408 = 0,6 %.

Zur Nachahmung empfohlen. Wir mußten in den letzten Jahren wiederholt auf recht unliebsame Vorkommnisse hinweisen, die sich zwischen den verschiedenen Schächten der Zimmerer abgespielt haben. Neuerdings sind uns Klagen über solche Vorkommnisse nicht bekannt geworden, womit aber keineswegs angenommen zu werden braucht, daß sie gänzlich unterblieben sind.

Wir halten dafür, daß man in andern Orten, wo dazu die Notwendigkeit gegeben ist, gleicherweise eine Verständigung herbeiführt.

Genossenschaftsbewegung.

Die Fleischversorgung im genossenschaftlichen Tätigkeitsgebiet. Eine der wichtigsten vom Dresdner Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine behandelten Materien der Warenversorgung bildete die Fleisch- und Frischwurstversorgung seiner nahezu 3 Millionen Mitgliederfamilien.

spricht von 6 bis 8 Millionen) Mark „verbrannte“, in der Lage ist, den riesigen Fleisch- und Frischwurstbedarf von 3 Millionen konsumgenossenschaftlich organisierten Familien zu zentralisieren; das heißt von einer Stelle aus bis nach Süddeutschland die Versorgung zu übernehmen, indem in den einzelnen Landesstellen Bezirkszentralen errichtet werden, die mit entsprechenden Produktions-, Kühl- und Verfeinerungsanlagen die Zuteilung an die einzelnen Konsumgenossenschaften übernehmen, nachdem ihnen von der Hauptzentrale der Großeinkaufs-Gesellschaft die entsprechenden Mengen zugesandt sind.

Sozialpolitisches.

Lehrlingszuchterei in der Industrie. Es nähert sich der Zeitpunkt, wo die arbeitende Jugend knapp zu werden beginnt. Deshalb werden in den nächsten Jahren Lehrstellen genügend zur Verfügung stehen. Daß es aber noch heute Industrie- und Handwerksbetriebe gibt, die eine übermäßig große Zahl von Lehrlingen, namentlich im Verhältnis zu den Gesellen beschäftigen, ist allgemein bekannt.

Table with 2 columns: erwachsene Beschäftigte and Lehrlinge. Rows include 59 erwachsene Beschäftigte (11 Lehrlinge), 36 (56), 140 (68), 6 (20), 204 (63), 28 (20), 32 (47), 37 (36), 35 (28), 215 (140), 16 (16).

Es handelt sich hier vornehmlich um Betriebe in der Metallindustrie. Daß es auch in andern Industrie- und Gewerbebezügen ähnlich liegt, dürfte nicht unbekannt sein.

Preissteigerungen und Löhne. In den letzten Monaten sind erhebliche Preissteigerungen zu beobachten. Gewiß haben die Löhne durch die gewerkschaftliche Tätigkeit seit Mitte des Jahres 1927 eine Erhöhung erfahren. Aber es scheint doch bereits der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo die gesteigerten Preise diese Einkommenserhöhung nicht nur wettgemacht, sondern wesentlich überflügelt haben.

Table with 5 columns: Gesamt-Industrielle u. Halbwaren, Industrie-Produktionsmittel, Fertigungsgüter, Konsumgüter, Lebenshaltungskosten. Rows include 1. Viertel 1927, 4. " 1927, 1. " 1928, April, Mai, 27. Juni.

Die Spitze der Preissteigerungen halten die industriellen Fertigungsgüter, darunter zeichnet sich besonders der Posten Konsumgüter aus. Die Konsumgüter zählen zu denjenigen Produkten, die die breite Masse des Volkes konsumiert.

Nach den Berechnungen der Reichskreditgesellschaft haben sich die Wochenlöhne bei regelmäßiger Arbeitszeit für gelernte Arbeiter im gewogenen Durchschnitt in Prozenten von 1913 vom Januar bis Mai von

141,2 auf 147,9 erhöht; die der ungelerten Arbeiter von 159,0 auf 166,9. In dieser Aufbesserung macht sich die gesteigerte Tätigkeit der Gewerkschaften bemerkbar. Aber wir glauben, daß zumindest bei den gelernten Arbeitern der Stand der Vorkriegszeit noch nicht erreicht ist, zumal man bei den Lebenshaltungskosten jene Ausgaben zählen muß, die darin, wie oben bereits bemerkt, nicht enthalten sind.

Bei einem Gesamtüberblick über das gegenwärtige Verhältnis der Preise zu den Löhnen ergibt sich also zweifellos, daß die eingetretenen Lohnerhöhungen von den Preissteigerungen ausgeglichen wurden. Diese Erkenntnis ist sehr wichtig, angesichts dessen, daß von den Unternehmern immer wieder das Gegenteil behauptet wird.

Die deutsche Industrie hat ein unbekanntes Land zu erobert! In der „Frankfurter Zeitung“ macht der bekannte Professor Carl Oppenheimer darauf aufmerksam, daß die deutsche Industrie fortwährend nach Exportmöglichkeiten suche, wobei aber ein Land vergessen sei. Dieses Land heißt Deutschland. Der Verfasser meint nicht das Deutschland der Bergwerke und Fabriken, aber das Deutschland der Aecker, Wiesen und Gärten.

Professor Oppenheimer betrachtet es als eine Pflicht des mobilen Kapitals, das heißt der Banken und der Industrie, die Lösung der Agrarkrise mit auf seine Schultern zu nehmen. Die vereinte Kraft der Großindustrie und der Banken könnte dieses Werk zweifellos vollbringen.

Der deutsche Konjunkturverlauf seit Mitte 1924. Die Dresdner Bank kommt in einer Sonderbeilage ihrer Wirtschaftsberichte ausführlich auf die deutsche Wirtschaftskonjunktur zu sprechen. Es werden interessante Untersuchungen aufgestellt, wie die Gesamtwirtschaft und einzelne Zweige sich entfaltet haben.

Table with 2 columns: Sommer/Herbst 1924, Winter 1924/25, Frühling 1925, Sommer/Herbst 1925, Winter 1925/26, Frühling 1926, Sommer 1926, Winter 1926/27, Frühling/Sommer 1927, Herbst 1927, Winter 1927/28, Frühling 1928.

Das ländliche Wohnungswesen und seine Folgen. Der Schleswig-Holsteinische Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege brachte in diesen Tagen einen auszugswürdigen Bericht über die Tagung heraus, die der Verein am 2. Dezember 1927 in Kiel veranstaltet hat.

